
Flüchtlinge als politisches Instrument – Chilenische Emigranten in der DDR 1973–1989

Jost Maurin



Jost Maurin,
geb. 1974 in
Hamburg,
z. Zt. Aus-
landsredakteur
beim deut-
schen Dienst
der Nachrich-
tenagentur
Reuters in Ber-
lin (c/o Looft,
Schwedter Str.
250, 10119
Berlin, jost-

maurin@yahoo.de). Studium der Neueren
und Neuesten Geschichte, der Mittelalterli-
chen Geschichte und Publizistik an der
Humboldt-Universität zu Berlin sowie an
der Freien Universität Berlin, Magisterar-
beit zur Thematik der Chilenen in der
DDR, Volontariat bei der Süddeutschen
Zeitung.

Abstract

After the military coup against the leftist government of Chile on September 11th 1973, some 2000 Chileans fled to the GDR. This article shows that the SED-leadership hardly pursued humanitarian motives in welcoming them. Honecker and his functionaries rather wanted to strengthen both the position of socialism in Chile as well as their own power in Eastern Germany. Therefore they used the refugees for their propaganda, manipulated their political parties and helped “revolutionaries” to hide and organize themselves in Chile. The GDR authorities forced the Chilean refugees – who were mostly intellectuals – to work in jobs well below their professional qualifications, restricted their freedom of travel and suppressed possible dissent among them through means of the secret police.

I. Einleitung

Von wenigen Leistungen der DDR erzählen ehemalige SED-Funktionäre und deren Sympathisanten auch heute noch so stolz wie von der Asylgewährung für Opfer des Militärregimes in Chile. Zum Beispiel Markus Wolf, der langjährige Leiter der Auslandsspionage im Ministerium für Staatssicherheit (MfS): „Die DDR hat den Chilenen gegenüber echt empfundene Solidarität gezeigt“, ließ er sich am 11. September 2004 von der Zeitung „Junge Welt“ zitieren. „Chilenische Emigranten bekamen Arbeit, sie wurden u. a. in Zeitungsredaktionen oder in Theatern eingestellt. [...] in der DDR wurde vielerorts und von vielen Organisationen auf diesem Gebiet eine Menge geleistet. Viele Chilenen erinnern sich heute noch gerne daran.“ MfS-Agenten hätten sich noch nicht einmal geschaut, besonders gefährdete Oppositionelle im Versteck eines umgebauten Autos über die Anden zu schmuggeln. Für Wolf und andere damalige Akteure beweist die

Aufnahme der Chilenen, dass die DDR auch ein großzügiger uneigennütziger Gastgeber für politisch Verfolgte war.¹

Tatsächlich flohen fast 2 000 Menschen aus Chile in die DDR.² Der Putsch der chilenischen Militärs gegen die frei gewählte Regierung von Präsident Salvador Allendes Parteienbündnis „Unidad Popular“ (UP) hatte das sozialistische Experiment in Südamerika beendet. Zehntausende Gegner der Putschisten wurden verschleppt, gefoltert, ermordet. Ab Anfang der 1980er Jahre kehrte die Mehrheit der Flüchtlinge in ihre Heimat zurück, so dass im Dezember 1989 nur noch 334 Chilenen in der DDR lebten.³

Viel düsterer als bei Markus Wolf liest sich die Behandlung der Chilenen durch den SED-Staat bei dem Schriftsteller Carlos Cerda, der selbst als chilenischer Exilant in der DDR war. In seinem Roman „Santiago-Berlin, einfach“,⁴ der sich Cerdas Angaben zufolge streng an die Realität hält,⁵ schildert er, wie die Freiheit der Emigranten beschränkt worden sei. Die chilenische Tageszeitung „La Tercera“ und das Nachrichtenmagazin „Qué Pasa“ haben diese Thesen in zwei Artikelserien, die 1998 und 2001 über das chilenische Exil während der Pinochet-Diktatur erschienen sind, vertreten.⁶

Auf der Grundlage dieser Veröffentlichungen lässt sich folgende Hypothese entwickeln: Die Aufnahme der Chilenen durch die DDR war primär ein Mittel im „Klassenkampf“, nur sekundär eine humanitäre Aktion. Sie sollte dazu beitragen, den Kommunismus in Chile zu fördern und die Herrschaft der SED in der DDR zu sichern. Diese Ziele verfolgte das Regime unter Erich Honecker notfalls auch auf Kosten der Flüchtlinge.

-
- 1 Peter Wolter, „Vorgehen gegen Chávez gleicht Putsch in Chile“ [Interview mit Wolf]. In: Junge Welt vom 11. Sept. 2004. Ähnlich der ehemalige Funktionär des Zentralkomitees (ZK) Johnny Norden. Vgl. ders., Asyl in der DDR. Die Solidaritätspolitik mit Chile nach dem Militärputsch vom 11. September 1973. In: Junge Welt vom 12. Sept. 2003.
 - 2 Die höchste Angabe in den Akten lautet, dass 1.500 Chilenen Anfang 1977 in der DDR lebten. Vgl. Faktenmaterial zur Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv [SAPMO-BArch], DY 30/IVB2/20/264, S. 1. In einem als „streng vertraulich“ deklarierten Bericht der ZK-Abteilung Internationale Verbindungen (Abt. IV) aus etwa derselben Zeit heißt es, dass zusätzlich 500 Personen zwar Asyl bekommen hätten, aber inzwischen wieder ausgereist seien (Überblick über die Solidaritätsmaßnahmen [SAPMO-BArch, DY 30/IVB2/20/439, Bl. 4.]) Der Bericht ist nicht datiert. Da er aber drei Jahre nach Gründung des Chile-Zentrums beim Solidaritätskomitee der DDR (11. Nov. 1973) geschrieben wurde (Bl. 1), muss er Ende 1976/Anfang 1977 entstanden sein.
 - 3 Vgl. Statistisches Amt, Anzahl, BArch, DE 2/60693.
 - 4 Vgl. Carlos Cerda, Santiago-Berlin, einfach, München 1995 (Original: Morir en Berlín, Santiago de Chile 1993).
 - 5 Vgl. Eva Karnofsky, Der Erzähler hat sein Ich verloren. Ein chilenischer Roman über das Exil in der DDR. In: Süddeutsche Zeitung vom 25. Sept. 1993.
 - 6 Vgl. Víctor Herrero, Especial: Los Documentos secretos de Honecker sobre Chile. In: Qué Pasa vom 16., 25., 30. Mai sowie 6., 13. Juni 1998. Javier Ortega, Especial: La historia inédita de los años verde olivo, Capítulo III: La conexión Honecker. In: La Terce-

II. Asyl nur für Revolutionäre

Gemäß den Verfassungen von 1968 und 1974, die zum Zeitpunkt der meisten Asylanträge aus Chile gültig waren, war nicht nur die Verfolgung im Ausland Bedingung, sondern auch das Eintreten der Flüchtlinge für den „Frieden“, die „Demokratie“, die „Interessen des werktätigen Volkes“ oder für den „nationalen und sozialen Befreiungskampf“. ⁷ Innerhalb dieses Kreises konnte die SED frei aussuchen. Die genaueren Kriterien für die Auswahl der Flüchtlinge waren nicht öffentlich festgelegt. Der Asylparagraph war nur eine „Kann“-Bestimmung. Über die Chilenen entschied das Politbüro am 25. September 1973. Ausdrücklich sollte nur „Mitgliedern und Anhängern der Unidad Popular“, also der linken Parteien, Asyl gewährt werden. ⁸

Die chilenischen Flüchtlinge mussten zuerst die Erlaubnis ihrer Parteiführungen einholen. Die Kommunistische Partei (PC) bestrafte mehrere ihrer Mitglieder, weil sie ohne Zustimmung des ZK ins Ausland geflüchtet waren. ⁹ Nur jene Kommunisten, die nach Meinung der PC-Chefs wirklich in Gefahr waren, durften ihr Land verlassen. ¹⁰ Auch die Mitglieder der anderen Linksparteien gaben in den DDR-Aufnahmeheimen an, sie seien auf Anordnung ihrer Organisation geflüchtet. ¹¹ Im Dezember 1973 musste Orlando Millas, ZK-Mitglied und DDR-Beauftragter der PC, gegenüber den SED-Genossen zugeben, dass sich seine Partei „Illusionen über die Brutalität der Junta“ mache und die restriktive Politik der Kommunisten zu erheblichen „Kaderverlusten“ geführt habe. ¹² Dennoch bat er die SED, niemanden ohne Erlaubnis der chilenischen Partei in der DDR aufzunehmen. ¹³

ra vom 6. Mai 2001, <http://docs.latercera.cl/especiales/2001/verdeolivo/capitulo03/index.htm>.

- 7 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968, Berlin 1968, Art. 23, Abs. 3. Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974, Art. 23, Abs. 3. In: Gesetzblatt der DDR (GBl.), Teil I, Nr. 47 vom 27. Sept. 1974.
- 8 Vgl. SED-Politbüro, Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 42/73 vom 25. Sept. 1973. Weitere Maßnahmen in Bezug auf Chile (SAPMO-BArch, DY 30/J IV2/2/1470, Bl. 19).
- 9 Vgl. Vermerk über ein Gespräch mit Oscar Riquelme, Mitglied des ZK der KP Chiles, am 27. Dez. 1973, 28. Dez. 1973 (SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.035/132, Bl. 30). Einschätzung der politischen Situation in Chile durch führende Genossen des ZK der KP Chiles, 3. Jan. 1974 (SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.035/132, Bl. 35 f.).
- 10 Vgl. Interview Möbus vom 30. Mai 2001 (zu Möbus siehe FN 21).
- 11 In den Aufnahmeheimen dokumentierten DDR-Funktionäre die Fluchtumstände. Die so entstandenen Protokolle archivierte auch das MfS. Zum Beispiel: Aussprachevermerk, 20. Nov. 1973, Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Zentralarchiv, MfS AP 11351/77, Bl. 13 (BStU-Zählung).
- 12 Vermerk über ein Gespräch Honeckers mit Orlando Millas, Mitglied der Politischen Kommission des ZK der KP Chiles und Beauftragter der Partei in der DDR, am 10. und 14. Okt. 1974 (SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.035/132, Bl. 73).
- 13 Vgl. Vermerk über ein Gespräch mit Riquelme, am 27. und 28. Dez. 1973 (SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.035/132, Bl. 32).

Diesen Wunsch erfüllten die ostdeutschen Funktionäre gern. Schließlich hätten die chilenischen Parteiführungen der DDR „die politische Zuverlässigkeit“ der Antragsteller garantiert, sagt zum Beispiel der langjährige stellvertretende Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen (IV) im SED-Zentralkomitee, Friedel Trappen.¹⁴ Er und seine Mitarbeiter waren für die Chilenen zuständig. Wichtig sei gewesen, „dass die ordentlich waren, dass das keine Provokateure waren. Dass das also keine Agenten waren“.¹⁵

Der Ministerrat oder eine von ihm beauftragte Institution konnte die Aufenthaltserlaubnis gemäß Ausländergesetz von 1979 nach der Asylgewährung wieder entziehen.¹⁶ Welche Voraussetzungen dafür erfüllt werden mussten, war nicht näher geregelt. In einer Dissertation, die leitende Offiziere 1978 an der Hochschule des MfS vorlegten, hieß es jedoch, dass die DDR einen Flüchtling jederzeit ausweisen könne, wenn er „durch grobe Missachtung der Rechtsordnung das Vertrauen der DDR“¹⁷ verloren habe. So wurden laut einem Lagebericht der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe der Stasi (ZAIG) vom September 1975 im Vorjahr 21 Chilenen ausgewiesen, weil sie sich nicht an die „gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR“ hätten gewöhnen wollen, sie „kriminelle und arbeitsscheue Elemente“ seien und andere Emigranten gegen die „staatlichen Organe“ „aufgewiegelt“ hätten.¹⁸

Mit der Aberkennung des Asylrechts drohten die Behörden, um die Flüchtlinge zu disziplinieren. So wollte der Rat des Bezirks Potsdam im April 1985 gegen eine Chilenin, die 24 Tage unentschuldig der Arbeit ferngeblieben war, folgendermaßen vorgehen: „Im Gespräch aufzeigen, sie hat sofort eine Arbeit aufzu-

14 Trappen befasste sich von 1964 an in der Abt. IV als einfacher Mitarbeiter bzw. Sektionsleiter mit Lateinamerika, war von August bis September 1973 DDR-Botschafter in Chile, nach der Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen einige Wochen wissenschaftlicher Mitarbeiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und von Januar 1974 bis 1986 stellvertretender Leiter der Abt. IV. 1984 gab er nach eigenen Angaben den Bereich „Lateinamerika“ an einen weiteren stellvertretenden Abteilungsleiter ab. 1986 wechselte Trappen in dieser Funktion in die Abt. Verkehr. Vgl. Gabriele Baumgartner/Dieter Hebig (Hg.), Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945-1990, Band 2, München 1997, S. 938. Gespräche des Autors mit Friedel Trappen am 17. Mai und 31. Aug. 2001.

15 Interview Trappen, 17. Mai 2001.

16 Vgl. Gesetz über die Gewährung des Aufenthaltes für Ausländer in der Deutschen Demokratischen Republik - Ausländergesetz - vom 28. Juni 1979, GBl., Teil I, Nr. 17 vom 2. Juli 1979, § 5, S. 149.

17 Oberst Lehmann/Oberstleutnant Niebling/Oberstleutnant Schmidt/Major Köpp, Forschungsergebnisse zum Thema „Grundlegende Aufgaben des MfS im Zusammenhang mit dem zunehmenden Aufenthalt von Ausländern in der DDR“, Juristische Hochschule Potsdam des MfS, Potsdam 1978. BStU, Zentralarchiv, MfS JHS, Nr. 21872-1, Bl. 214 (BStU-Zählung).

18 Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS (ZAIG), Einschätzung über die chilenischen Emigranten in der DDR, 12. Sept. 1975. BStU, Zentralarchiv, MfS ZAIG 4097, Bl. 8 (BStU-Zählung).

nehmen, sonst wird ihr der Politstatus aberkannt, sie hat in der DDR Asyl und Gastrecht und hat sich an unsere Gesetzlichkeiten zu halten.“¹⁹

Getreu dem Verfassungsgrundsatz waren nach Angaben des bereits erwähnten MfS-Berichts vom September 1975 die meisten der politisch aktiven Emigranten Mitglieder der Kommunistischen Partei PC (rund 56,56 %) oder der Sozialistischen Partei PS (33,94 %) bzw. der dazugehörigen Jugendverbände. Die Abspaltungen der Bewegung der einheitlichen Volksaktion (MAPU) stellten zusammen 5,56 %, die kubanisch beeinflusste Bewegung der revolutionären Linken (MIR) 3,39 %. Nur 0,45 % gehörten zur Radikalen Partei, die zwar in der Koalition der Unidad Popular mitgearbeitet hatte, aber auch mit der Sozialistischen Internationalen verbunden war.²⁰

Karl-Heinz Möbus, der von Oktober 1973 bis Dezember 1982 in der Abteilung IV für die zentrale Betreuung der chilenischen Flüchtlinge verantwortlich war,²¹ streitet ab, dass dieser Proporz von der SED etwa aus ideologischen Gründen beabsichtigt war. Er erklärt ihn unter anderem damit, dass die Kommunisten am ehesten in sozialistische Länder ausgewandert seien.²² Dagegen spricht die Aussage der von mir befragten chilenischen Sozialistin Gail Angulo Contreras,²³ dass es auch für ihre Genossen als „Ehre“ gegolten habe, in die DDR auswandern zu dürfen.²⁴

Pinochet-Gegner aus dem bürgerlichen Lager, die ebenfalls verfolgt wurden, die Christdemokraten zum Beispiel, bekamen kein Asyl in der DDR. Und selbst die Christliche Linke, die in der Unidad Popular mitwirkte, von der SED aber als „ultralinks“ eingestuft wurde, fand beim Zentralkomitee (ZK) zunächst keine Gnade.²⁵ Erst nach drei Jahren, mehreren Briefen, mündlichen Bitten und ei-

19 Rat des Bezirks (RdB) Potsdam, Abarbeitung des Festlegungsprotokolls vom 16. April 1985. Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Rep. 401/24965.

20 Vgl. ZAIG, Einschätzung, Bl. 4 (BStU-Zählung).

21 Möbus war von 1971 bis 1973 Erster Sekretär bzw. Botschaftsrat in Chile. Nach einer kurzen Tätigkeit in der Zentrale des Außenministeriums baute er bis 11. Oktober 1973 das Chile-Zentrum im staatlichen Solidaritätskomitee der DDR auf, das die Hilfe für linke Parteien und Bewegungen in Entwicklungsländern koordinierte. Danach war er Leiter der Arbeitsgruppe Chile in der Abteilung IV, wo er für die zentrale Betreuung der chilenischen Flüchtlinge zuständig war. Im Dezember 1982 wurde er Botschafter in Kolumbien, im April 1986 in Kuba, wo er 1990 den Zusammenbruch der DDR erlebte. Vgl. Günther Buch, Namen und Daten wichtiger Personen der DDR, 4., überarb. und erw. Auflage Berlin/Bonn 1987, S. 215; Möbus 30. Mai 2001.

22 Vgl. Möbus 30. Mai 2001.

23 Gail Angulo Contreras - ehemaliges Mitglied der Sozialistischen Partei Chiles und von Beruf Datenverarbeiterin - war von Januar 1973 bis September 1977 in der DDR, wo sie zunächst am Fließband im Zwickauer VEB Sachsenring und dann als Sekretärin im Auslandssekretariat der PS in Ost-Berlin tätig war. Sie hatte durch ihre Schwester und den Vater ihres Sohnes auch nach ihrer Übersiedlung nach West-Berlin umfangreiche Kontakte in die DDR. Vgl. Gespräche mit Angulo am 19. und 22. Nov. 2000; Angulos Akte im Innenministerium (SAPMO-BArch, Karton 363, DQ 1/9.0/45278).

24 Vgl. Interviews Angulo 19. und 22. Nov. 2000.

25 Vgl. Paul Markowski (Leiter Abt. IV), Hinweise für das Gespräch des Genossen Hermann Axen [ZK-Sekretär für Internationale Verbindungen] mit dem Generalsekretär

ner „freundlicheren“ Einschätzung der Organisation nahm die DDR einen Vertreter der Partei auf.²⁶ Von rein humanitären Motiven der Asylpolitik in der DDR kann also keine Rede sein.

III. Disziplinierung durch „Proletarisierung“: Arbeit der Chilenen

95 Prozent der chilenischen Emigranten waren nach einer Analyse des MfS vom September 1975 „Angehörige der Intelligenz“: Studenten, Angestellte, Pädagogen oder Funktionäre.²⁷ Dennoch belegen alle vorliegenden Quellen, dass die meisten Chilenen in der materiellen Produktion arbeiten mussten: Eine Datenverarbeiterin schraubte am Fließband den vorderen, linken Scheinwerfer an den „Trabi“,²⁸ eine Chemiestudentin musste Nachtschichten als Produktionsarbeiterin leisten,²⁹ ein Professor wurde Schlosserlehrling.³⁰

Diese Politik war Methode. Als in Frankfurt (Oder) etwa 70 Emigranten einquartiert werden sollten, erhielt das Amt für Arbeit und Löhne des Bezirkes von dem ihm übergeordneten Staatssekretariat in Ost-Berlin die Order: „Es sind die Voraussetzungen zu schaffen, dass alle Erwachsenen in der Produktion arbeiten können.“³¹

Die Folgen waren teilweise gravierend. So brachte die MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt im Juli 1974 beim Rat des Bezirks in Erfahrung, dass nach einigen Wochen im dortigen Schraubenkombinat „der Dekan an der pädagogischen Hochschule in Santiago [...] physisch am Ende seiner Kraft“³² gewesen

der Partei der Christlichen Linken Chiles, Bosco Parra, sowie weiteren Mitgliedern der Parteiführung am 4. Dez. 1975 im Hause des ZK/Zur Partei der Christlichen Linken Chiles (Izquierda Cristiana – IC) (SAPMO-BArch, DY 30/IVB 2/20/351, Bl. 1).

26 Vgl. Edgar Fries (Mitarbeiter Abt. IV), Vermerk über Gespräche zwischen Bosco Parra und Fries am 6. und 7. Dez. 1975, 17. Dez. 1975, Bl. 1; Möbus, Vom Generalsekretär der Christlichen Linken (IC) vorgetragene Probleme, ohne Datum, Bl. 1 f.; Vermerk über ein Gespräch Fries' mit der Leitung der Christlichen Linken am 4. Okt. 1976, 28. Okt. 1976, Bl. 2. Zur Partei der Christlichen Linken, Anlage zu Egon Winkelmanns (Leiter der Abt. IV) Gesprächsvorlage vom 9. Nov. 1978 für Axens Treffen mit den IC-ZK-Mitgliedern Maira und Martínez am 15. Nov. 78, Bl. 3 (SAPMO-BArch, DY 30/IVB 2/20/351).

27 Vgl. ZAIG, Einschätzung, Bl. 4 (BStU-Zählung).

28 Vgl. Interviews Angulo 19. und 22. Nov. 2000.

29 Vgl. Ehlert (Direktor Amt für Arbeit und Löhne, RdB Frankfurt [Oder]) in Schreiben an Moritz (Leiter der Abt. Industrie und Handel, SED-Bezirksleitung), Einsatzmöglichkeiten der 2. Gruppe, 26. Aug. 74 (BLHA, Rep. 730/436).

30 Vgl. Beschwerde eines chilenischen Ehepaars im Aufnahmeheim in Caputh, Darlegung unserer Standpunkte, 19. Febr. 1975 (BStU, Zentralarchiv, MfS AP 11351/77, Bl. 28 (BStU-Zählung)).

31 Ehlert, 28. Mai 1974 (BLHA, Rep. 730/436).

32 Korb (BV KMSt, Abt. XX/2), Bericht über Trappens Inspektion in KMSt, 5. Juli 1974, BStU, Außenstelle Chemnitz, BV KMSt II-37, Bl. 19 (BStU-Zählung).

sei. Und weiter: „In letzter Zeit häufen sich bei den Chilenen die Anträge auf Übersiedlung nach WD [Westdeutschland].“³³

Aber als sich immer mehr Exilanten beschwerten und einige zum unerhörten Mittel des Streiks griffen,³⁴ handelte die SED. Der Ministerrat habe im August 1974 einen neuen Beschluss über die „Eingliederung“ der Chilenen gefasst, hieß es in der bereits zitierten MfS-Analyse. Er sei besser auf die Wünsche der Chilenen nach einem bestimmten Arbeitsplatz eingegangen und habe auch mehr Studienplätze bereitgestellt. Das Ergebnis war laut MfS, dass die „Unzufriedenheiten allmählich überwunden wurden.“³⁵

Doch auch danach rissen die Berichte über Klagen der Chilenen nicht ab.³⁶ Der Vorsitzende der Cottbuser Bezirksparteikontroll-Kommission, Kurt Winter, beklagte im Dezember 1979 die Tendenz vieler Funktionäre, die Emigranten „vorrangig als Arbeitskräfte zu betrachten“. Den Wünschen der Flüchtlinge zum Beispiel nach Fortbildungskursen werde oft „mit fadenscheinigen Vorwänden ausgewichen“, monierte der Parteirevisor. Die deutschen Genossen hätten „die [nicht näher bezeichnete] politische Bedeutung“ des Aufenthaltes der Chilenen in der DDR nicht begriffen. Damit meinte er aber anscheinend nicht, dass die SED den Chilenen alle beruflichen Wünsche erfüllen sollte. Denn Winter machte bei den Exilanten „ideologisch-politische Probleme“ aus. Dazu gehöre, dass viele Chilenen nicht mit den Facharbeiterabschlüssen zufrieden seien, die ihnen die DDR geboten habe, und stattdessen ein Universitätsstudium sowie mehr Deutsch-Kurse auch während der Arbeitszeit gefordert hätten.³⁷

Der Schriftsteller Cerda, der unter anderem in Leipzig lebte, hat in Interviews behauptet, die PC habe die einfachen Exilanten in der DDR „proletarisie-

33 Ebd., Bl. 18 (BStU-Zählung).

34 Vgl. Werner Felfe (1. Sekretär SED-Bezirksleitung Halle) an Honecker, Monatsbericht, 5. April 1974 (SAPMO-BArch, DY 30/2244, Bl. 12).

35 ZAIG, Einschätzung, Bl. 6 (BStU-Zählung).

36 Vgl. Major Vieweg (BV KMSt, XX-Leiter) an HA XX, Stellvertreter Operativ, AIG, Abt. XX/2: Berichterstattung über politisch-operative Ergebnisse bei der Aufklärung und Absicherung chilenischer Emigranten gemäß FS 191/194 des Stellvertreters des Ministers vom 19. Jan. 1974 und der Dienstanweisung 5/74 des Leiters der BV KMSt 20. Jan. 1975, BStU, Außenstelle Chemnitz, BV KMSt II-36 Band 2, Bl. 48 (BStU-Zählung). BV KMSt, Abt. II an HA II: Berichterstattung über Schutz, Sicherung und abwehrmäßige Bearbeitung der chilenischen politischen Emigration in der DDR gemäß der Weisung des Genossen Minister vom 1. März 1977, VVS 21/77, 21. Mai 1977, BStU, Außenstelle Chemnitz, BV KMSt II-36 Band 1, Bl. 32 (BStU-Zählung). RdB Potsdam, Abt. Innere Angelegenheiten – Personenstandswesen –: Jahresbericht über die Betreuung chilenischer Politemigranten in der Stadt Potsdam und Brandenburg, 15. Jan. 1986 (BLHA, Rep. 401/24965). RdB Potsdam, Abt. Innere Angelegenheiten, Sektor Personenstandswesen: Auskunftsbericht über die Betreuung chilenischer Politemigranten in der Stadt Potsdam und Brandenburg, 31. Jan. 1985 (BLHA, Rep. 401/24965). Dathe (RdB Potsdam): Zuarbeit Arbeitsgruppe „Chile“, ohne Datum, aber Fristen gesetzt bis 10. Juli 1977 (BLHA, Rep. 401/24954).

37 Vgl. Kurt Winter (Vorsitzender der Parteikontrollkommission im Bezirk Cottbus), Zur politisch-ideologischen Arbeit mit den Politemigranten aus Chile und Uruguay im Jahr 1979, 10. Dez. 1979 (BLHA, Rep. 930/3103).

ren“ wollen.³⁸ Das war Cerda zufolge eine Lehre aus dem Niedergang der UP-Regierung. Die Mitglieder hätten als zu schwach, als zu „kleinbürgerlich“ gegolten, sonst hätten sie die UP effektiver gegen „die Reaktion“ verteidigt, sagte der Schriftsteller in einem Interview.³⁹ „Ins Exil gehen war ein Beweis von Schwäche“, ergänzt Cerda in seinem autobiographischen Roman „Santiago-Berlin, einfach“, „und Schwäche war eine kleinbürgerliche Eigenschaft.“⁴⁰ Die Exilanten hätten daher der Logik der PC-Führung zufolge „in der Produktion“ beweisen sollen, dass sie wirklich zur Arbeiterklasse gehörten.⁴¹

Von keinem der hohen Funktionäre, die in Berlin arbeiteten, ist überliefert, dass auch sie ans Fließband mussten. Außerdem verdienten sie mehr als die meisten Chilenen, deren Einkommen einem Papier des Ministerrats von 1974 zufolge zwischen 450 und 650 Mark betrug.⁴² Die chilenischen Parteiführer, die in Ost-Berlin lebten, erhielten dagegen nach Trappens Erinnerung in der Regel so viel wie ein SED-Funktionär in vergleichbarer Stellung.⁴³ Gemäß der „Gehaltsregeln für das Zentralkomitee gültig ab 1.6.1974“ konnten die chilenischen Genossen im Monat mit 900 bis 2 010 Mark plus Aufwandsentschädigung rechnen.⁴⁴

Den hohen chilenischen Kadern blieb die Fabrikarbeit erspart. Das könnte als Indiz dafür gewertet werden, dass die Parteieliten zumindest einen Teil der Verantwortung für das Los ihrer Untergebenen trugen. Außerdem hieß es in einem geheimen Bericht des Ministerrates vom Juli 1974: „Die Leitungen der Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Partei Chiles in der DDR hatten angewiesen, dass die eingereisten Politemigranten in der materiellen Produktion einzusetzen sind.“⁴⁵

Ebenso sehen die SED-Funktionäre Trappen und Möbus die Hauptverantwortung bei den chilenischen Kadern: „Ich weiß es noch, [...] dass auch die Führung der KP [deutsch für PC] der Meinung war, die sollen erst mal [...] das Los der Arbeiter kennen lernen. [...] Die hatten illusorische, heroisierende Vorstellungen von dem, was der Sozialismus war, und da war ihre Meinung: Na, ist doch schön, wenn die erst mal kennen lernen, was die Arbeiter hier für einen Lebensstandard haben“, sagt Trappen.⁴⁶ Er weist auch darauf hin, dass viele kommunistische Parteiführer kapitalistischer Länder intelligenzfeindlich gewe-

38 Vgl. Karnofsky, Erzähler. José Carlos Pérez/Carlos Cerda: Hubo chilenos que espionaron para la Stasi. In: *La Tercera* vom 7. Nov. 1999.

39 Pérez/Cerda, *Hubo chilenos*, 1999.

40 Cerda, *Santiago*, S. 30.

41 Vgl. Ebd., S. 31.

42 Vgl. Beschlussvorlage des Präsidiums des Ministerrates, 16. April 1974 (SAPMO-BArch, DC 20/ I/4-3051, Bl. 131).

43 Vgl. Interview Trappen, 17. Mai 2001.

44 Vgl. SED-ZK-Sekretariat, Anlage Nr. 8 zum Protokoll Nr. 17/74 vom 18. Febr. 1974 (SAPMO-BArch, DY 30/J IV2/3/2121, Bl. 27).

45 Information über die Eingliederung und Lage unter den politischen Emigranten aus Chile (Stand vom 1. Juli 1974) (SAPMO-BArch, DC 20/ I/4-3129, Bl. 24).

46 Interview Trappen, 17. Mai 2001.

sen seien. Es könne sein, dass auch die chilenischen PC-Chefs gesagt hätten: „Die [einfachen Mitglieder, die ja größtenteils Intellektuelle waren,] sollen erst mal arbeiten lernen.“⁴⁷

Doch diese Gedanken waren der SED nicht völlig fern. Deren Abteilung IV attestierte vielen UP-Mitgliedern in einer Analyse für das Politbüro vom 29. November 1973 eine „kleinbürgerliche Linie“. Sie hätten die Warnungen der PC-Führung vor einem Bürgerkrieg ignoriert. Statt zusammen gegen den Klassenfeind zu kämpfen, hätten die Parteien der UP sich über ihre Politik gestritten. Diese Disziplinlosigkeit sei eine der Ursachen für den Putsch.⁴⁸ Sich unterzuordnen konnten die Genossen nun bei schwerer Arbeit in Volkseigenen Betrieben lernen.

Möbus gibt zu, dass die SED der „Proletarisierungs“-Bitte gern entsprochen habe. Allerdings nicht aus ideologischen, sondern aus praktischen Gründen. Schließlich habe man am Fließband leichter Arbeitsplätze für die Chilenen gefunden, die kaum Deutsch gesprochen hätten.⁴⁹

Einen weiteren Grund, weshalb die SED ein Interesse daran gehabt haben könnte, die chilenischen Intellektuellen zu „proletarisieren“, nennt Trappen: Man habe die Chilenen so schnell wie möglich auf einen Arbeitsplatz setzen wollen, denn: „So lange sie nicht selber ihren Lebensunterhalt verdienen, mussten wir sie ja aushalten.“⁵⁰ Unter dieser Prämisse war es nicht möglich, die Chilenen erst zeitaufwendig fortzubilden, zum Beispiel durch einen Sprachkurs, um sie für qualifizierte Tätigkeiten vorzubereiten.

Es gab also durchaus plausible praktische Gründe der DDR-Führung für die Proletarisierung der Exilanten. Doch diese mischten sich mit einem ideologischen Programm, das die Verantwortlichen der SED zumindest teilten. In jedem Fall ignorierten sie die Bedürfnisse der Betroffenen.

IV. Bezahlen mit Loyalität: Der Preis der Sozialleistungen

Die Emigranten profitierten sofort nach ihrer Ankunft in der DDR von einem eigens für sie geknüpften Versorgungsnetz. Eine kleine Auswahl der Leistungen:

- Fast alle Chilenen zogen in die begehrten Neubauwohnungen.⁵¹

47 Ebd.

48 Vgl. Abt. IV, Zur Entwicklung in Chile (Stand vom 29. Nov. 1973), 28. Nov. 1973 (SAPMO-BArch, DY 30/2432, Blatt 112).

49 Vgl. Interview Möbus, 30. Mai 2001.

50 Interview Trappen, 17. Mai 2001.

51 Vgl. Information zum Stand der Aufnahme, Betreuung und Eingliederung politischer Emigranten aus Chile, 16. April 1974 (SAPMO-BArch, DC 20/ 1/4-3129, Bl. 25).

- Für die Wohnungseinrichtung gaben die Kreissparkassen den chilenischen Familien zwischen 13 000 und 50 000 Mark zinslosen Kredit.⁵² Dazu ein Startgeld von 2 500 bis 5 000 Mark.⁵³ Zum Vergleich: Der durchschnittliche Arbeiter in der DDR verdiente damals etwa 900 Mark brutto im Monat.⁵⁴
- Der Rat des Bezirkes (RdB) Cottbus teilte den Chilenen Vertrauensärzte zu, die sie „ohne Wartezeiten“ und kostenlos zu behandeln hatten.⁵⁵

Die Vergabe dieser Leistungen orientierte sich nicht nur an den Bedürfnissen der Flüchtlinge, sondern auch an ideologischen Gesichtspunkten. Das wird besonders deutlich an den Hilfsmaßnahmen, die das Politbüro 1980 für die Rückkehrer beschloss. Sie sollten ausdrücklich nur für Ausreisen ins „Herkunftsland“, also nach Chile, gewährt werden. Übersiedlungen in andere, womöglich kapitalistische Länder erleichterte der Beschluss nicht. Das hätte den erklärten Zielen des Politbüros widersprochen. Es gehe darum, die „Formierung einer breiten antifaschistischen Front“ in Chile, die „möglichst vieler erfahrener Kader der UP-Parteien bedarf“, zu unterstützen, hieß es in dem Papier. Es bezeichnete die „organisierte massive Rückführung politischer Emigranten“ als „Element“ der UP-Politik; die Wünsche der Betroffenen – oder ihre Angst vor weiterer Verfolgung in Chile, das 1980 noch fest in der Hand Pinochets und seiner Geheimdienste war – wurden nicht erwähnt.⁵⁶

Bevor der Politbüro-Beschluss gefasst wurde, hatten die Behörden oft nach dem Kriterium entschieden, ob die Antragsteller aus eigenem Antrieb oder im Auftrag ihrer Parteiführungen die DDR verlassen wollten. So schrieb das Ministerium des Innern im Juni 1979 dem Potsdamer Rat des Bezirks, dass einem Chilenen die Kosten für den Umzug zu bezahlen seien, während eine Chilenin, die „die DDR auf eigenen Wunsch verlassen“ werde, das selbst finanzieren müsse.⁵⁷

Generell waren die Regelungen über Sozialleistungen so angelegt, dass die Verwaltung einen großen Ermessensspielraum hatte. So konnte sie auch aus politischen Gründen Leistungen verweigern. Beispielsweise ermöglichte die be-

52 Vgl. Beschluss des Präsidiums des Ministerrates vom 1. 8. 1974. Aufnahme, Betreuung und Eingliederung der Politemigranten aus Chile (SAPMO-BArch, DC 20/ I/4-3128, Bl. 31).

53 Vgl. Information, 16. April 1974 (SAPMO-BArch, DC 20/ I/4-3129, Bl. 25).

54 „Durchschnittliches monatliches Arbeitseinkommen der vollbeschäftigten Arbeiter und Angestellten in volkseigenen Betrieben in Mark der DDR“ 1975: 897 Mark; 1976: 927 Mark. Vgl. Stefan Wolle, *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989*, Bonn 1998, S. 49.

55 Vgl. Liste ohne Titel und Datum in den Akten des RdB Cottbus (BLHA, Rep. 801/24293).

56 Für den ganzen Absatz: Politbüro des ZK der SED: Information zur Rückkehr politischer Emigranten nach Chile im Arbeitsprotokoll Nr. 20/80 vom 20. Mai 1980 (SAPMO-BArch, DY 30/J IV2/2A/2323, Bl. 101).

57 Vgl. Reinhardt (Leiter der HA [Hauptabteilung] Innere Angelegenheiten des MdI) an Selinger (Stellv. Vors. für Inneres des RdB Potsdam), 26. Juni 1979 (BLHA, Rep. 401/24954).

reits erwähnte Politbüro-Vorlage über Rückkehrhilfen allgemein „Ausnahmeregelungen, die von diesen Grundsätzen abweichen“ – die einzige Bedingung war, dass die Abteilung IV des ZK, also die SED, zustimmte.⁵⁸ Hinzu kam, dass die DDR-Verwaltung die beschlossenen Regeln sogar brach. Sollten den Vorschriften zufolge Rückkehrer nur gegen Antrag 1 000 Mark in bar erhalten,⁵⁹ so spielte das im Fall eines verdienten chilenischen Funktionärs plötzlich keine Rolle mehr.⁶⁰

Wer sich benachteiligt fühlte, hatte kaum Möglichkeiten, die Entscheidungen der Verwaltung zu überprüfen. Denn die meisten Regelwerke waren geheim: „Nur für den Dienstgebrauch“ stand auf den Direktiven der Ministerien in Berlin an die ausführenden Organe in den Bezirken.

Auch die Struktur der Verwaltung begünstigte politisch motivierte Eingriffe. Denn meistens war nur ein einziger Mitarbeiter in der Abteilung Inneres bei den Räten der Bezirke oder der Städte für die Emigranten zuständig. Er entschied über Anträge jeglicher Art – von Beihilfen in Notlagen über die Kreditvergabe bis zur Genehmigung einer Ehe. Geriet ein Chilene etwa mit den Tilgungsraten auf seinen Kredit in Rückstand, war nicht die Sparkasse zuständig, sondern der Rat.⁶¹

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass die SED-Führung die Sozialleistungen auch als ein Mittel zur Ruhigstellung potentieller Kritiker unter den Emigranten ansah, wie ein ZK-Bericht vom April 1975 belegt. Damals schrieb die Abteilung IV, dass die Chilenen sich mit den Verhältnissen in der DDR angefreundet hätten, weil ihre Versorgung verbessert worden und ihnen gleichzeitig bekannt geworden sei, wie schlecht es ihren Genossen im Westen gehe.⁶²

58 Vgl. Politbüro des ZK der SED, Anlage Nr. 11 zum Protokoll Nr. 20 vom 20. Mai 1980. Betrifft: Grundsätze für die Durchführung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Rückführung chilenischer politischer Emigranten (SAPMO-BArch, DY 30/J IV2/2/1840, Bl. 212 f.).

59 Vgl. Ebd.

60 Vgl. Hubrich (Leiter HA Innere Angelegenheiten im MdI) an Selinger, 2. Febr. 1981 (BLHA, Rep. 401/24955).

61 Vgl. Grieben (Leiter der Bezirksstelle der Sparkassen im Bezirk Potsdam) an Wenzel (Stellvertreter des Vorsitzenden für Inneres beim RdB Potsdam), Unterstützung von Polit-Emigranten aus Chile durch Sonderkredite, 12. Nov. 1975 (BLHA, Rep. 401/24879).

62 Markowski, Information Nr. 27/75 für das Politbüro. Betrifft: Erfüllung des Beschlusses des Sekretariats des ZK und des Ministerrates über die Aufnahme, Betreuung und Eingliederung der Politemigranten aus Chile in der DDR, 7. April 1975 (SAPMO-BArch, DY 30/J IV2/2J/5759, Bl. 1).

V. Für eine Einheitspartei in Chile: Beeinflussung der Politiker

Die SED versuchte, auf die Politik vor allem der Sozialistischen Partei Chiles (PS) einzuwirken. Der „Plan der politisch-diplomatischen Maßnahmen 1975“, in den das Politbüro ausdrücklich die „Solidarität“ mit dem „unterdrückten Volk Chiles“ aufnahm, nannte das übergeordnete Ziel dieser Manipulationsversuche: die „Festigung der Macht, der Einheit und des internationalen Einflusses der sozialistischen Gemeinschaft.“⁶³

Das Pinochet-Regime galt der SED als „faschistisch“. Mit diesem Adjektiv wurde die Junta ab Oktober 1973 in allen veröffentlichten oder geheimen Dokumenten der Partei kategorisiert. Daraus folgte, dass die chilenischen Exilanten einen „antifaschistischen“ Kampf führen mussten – genauso wie ihn die KPD gegen die Nationalsozialisten ausgerufen hatte. Und so ähnelte die Taktik, die die SED-Funktionäre ihren chilenischen Genossen ans Herz legten, sehr dem, was den deutschen Kommunisten zum Machtmonopol in der DDR verholfen hatte: Kommunistische und Sozialistische Partei Chiles müssten – eventuell gemeinsam mit den anderen Linksparteien des Landes – die „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“ bilden. Langfristig sollten sie sozusagen zu einer Sozialistischen Einheitspartei Chiles fusionieren. Sinn des wie auch immer organisierten linken Zusammenschlusses war nach der Theorie, eine „antifaschistische Volksfront“ zu dominieren, an der auch bürgerliche, gegen Pinochet kämpfende Parteien teilnehmen. So könnte schließlich die Junta durch eine bürgerlich-demokratische Regierung ersetzt werden, die der Diktatur des Proletariats den Weg ebne.

Dieses Konzept, das die SED in Chile verwirklicht sehen wollte, entstammte nicht nur dem Erfahrungsschatz der deutschen Kommunisten. Vielmehr entsprach es fast vollständig den Vorstellungen der PC⁶⁴ – und natürlich der KPdSU. Einig waren sich die Kommunisten der drei Länder auch darin, wer – außer den Militärs und ihren Helfern – die Hauptschuld am Zusammenbruch der UP hatte: die Sozialisten unter Generalsekretär Carlos Altamirano.⁶⁵ Die PS habe sich ständig mit der PC gezanzt und den „bewaffneten Kampf auf die Tagesordnung“ setzen wollen, statt gemeinsam zu versuchen, die Allende-Regierung durch Einbeziehung etwa auch der Christdemokraten zu stärken. „Diese linksradikale, von kleinbürgerlicher Ungeduld getragene Haltung“ habe die UP destabilisiert, hieß es in einer Analyse für das SED-Politbüro aus der Woche nach dem Putsch.⁶⁶ „Die Sozialisten waren stets gegen Kompromisse“ und hät-

63 Politbüro des ZK der SED, Anlage Nr. 3 zum Protokoll Nr. 3/75 vom 21. Jan. 1975. Plan der politisch-diplomatischen Maßnahmen 1975 (SAPMO-BArch, DY 30/J IV2/2/1544, Bl. 39 und 25).

64 Vgl. Einschätzung der politischen Situation in Chile durch führende Genossen des ZK der KP Chiles, 3. Jan. 1974 (SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.035/132, Bl. 40). Bestätigt durch: Ingrid Wehr, Zwischen Pinochet und Perestrojka. Die chilenischen Kommunisten und Sozialisten 1973–1994, Freiburg im Brsg. 1996, S. 91–96.

65 Vgl. Wehr, Pinochet, S. 90.

66 Vgl. Politbüro des ZK der SED, Information zur jüngsten Entwicklung in Chile (Stand vom 17. Sept. 1973) (SAPMO-BArch, DY 30/J IV2/2A/1713, Bl. 26).

ten so eine Chance versäumt, den Putsch zu vermeiden, kritisierten zur selben Zeit auch KPdSU-Funktionäre gegenüber ihren deutschen Genossen.⁶⁷

Die Konsequenz daraus war klar: Die „Aktionseinheit“ von PC und PS müsse nun im Exil geformt werden. „Die KPdSU und SED sollten dafür alle mögliche Unterstützung geben“,⁶⁸ notierte Honeckers Gesandter die Instruktionen aus Moskau. Dabei folgte schon aus den Analysen der Putschursachen, dass die PS sich der PC anpassen sollte. Die Kommunisten müssten den Widerstand gegen die Junta anführen, forderte eines der KPdSU-Dossiers.⁶⁹

„Selbstverständlich“, so formulierte Friedel Trappen bei einer Konferenz der in den Ostblock-Staaten für Chile zuständigen Funktionäre, „sind wir daran interessiert, dass sich unsere marxistisch-leninistische Weltanschauung als Grundvoraussetzung für das Bündnis [gegen Pinochet] immer mehr durchsetzt. Wir haben jahrelange traditionelle brüderliche Verbindungen zur KP Chiles. Es ist allgemein bekannt, dass diese Bruderpartei fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus steht, die enge Freundschaft zur KPdSU und zur UdSSR sowie die Prinzipien des proletarischen Internationalismus zum festen Bestandteil ihres Lebens gemacht hat“. Deshalb gelte es, sie auch gegenüber der Sozialistischen Partei Chiles (PS) zu stärken.⁷⁰

Streng marxistisch-leninistisch und moskautreuer – das war genau das, was auf die PS unter Generalsekretär Carlos Altamirano nicht zutraf. Ihre Haltung zum Ostblock war nicht nur nach Meinung der SED ambivalent;⁷¹ Altamirano führte die PS keinesfalls nach den Regeln des „demokratischen Zentralismus“, sondern ließ den verschiedenen Flügeln der Partei eine weitgehende Autonomie.⁷² Das war nach Auffassung Moskaus und seiner Satelliten eine schlechte Basis für die angestrebte Revolution. Vor diesem Hintergrund muss der Auftrag der Sowjets an die Deutschen kurz nach dem Putsch in Chile gesehen werden, Altamira-

67 Vgl. Egon Winkelmann (stellv. Leiter Abt. IV), Bericht über eine Konsultation mit dem stellvertretenden Leiter der Internationalen Abteilung im ZK der KPdSU, Genossen J. I. Kuskow, Mitglied der Zentralen Revisionskommission, zu den Ereignissen in Chile/20. 9. 73, abgezeichnet von Honecker am 21. 9. 1973 (SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.035/132, Bl. 19).

68 Ebd., Bl. 23.

69 Vgl. Markowski, Information für das Politbüro. Betrifft: Die Bedeutung und die Lehren des revolutionären Prozesses in Chile, 24. Okt. 1973 (SAPMO-BArch, DY 30/J IV2/2J/4974, Bl. 36).

70 Wohl Friedel Trappen (denn er war Delegationschef), SED-ZK-Sekretariat, Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 36 vom 9. April 1974. Teilnahme an einer internen Beratung von Vertretern der internationalen Abteilungen der Zentralkomitees der KPdSU, der SED, der PVAP, der KPTsch, der USAP der BKP, der MRVP, der KP Kubas zu Fragen der Situation in Chile und der internationalen Solidaritätsbewegung Ende April 1974 in Havanna (SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/2140, Bl. 18), Rede für Internationale Chile-Beratung Havanna 6.-8. Mai 1974 (SAPMO-BArch, DY 30/J IV2/2.035/140, Bl. 58).

71 Vgl. Abt. IV, Zur Hilfeleistung der SED für die Sozialistische Partei Chiles und zu einigen Fragen der Entwicklung der SP nach dem Putsch von 1973 (SAPMO-BArch, DY 30/IVB2/20/358, Bl. 1).

72 Vgl. Wehr, Pinochet, S. 180.

no so zu beeinflussen, „dass er die Notwendigkeit begreift der festen Einheit zwischen Kommunisten und Sozialisten“.⁷³ Der PS-Generalsekretär habe bisher dazu geneigt, „spalterische Tendenzen in die Unidad Popular hineinzutragen“.⁷⁴ Implizit forderte die KPdSU also auch, den Pluralismus innerhalb der PS einzuschränken. Man müsse Altamirano Gelegenheit geben, sich in diesem Sinne zu bessern.

Altamirano und die PS sollten aus Sicht der SED auch deshalb eine weitere Chance erhalten, weil sie den Deutschen als unverzichtbar galten. Tatsächlich hatten die Sozialisten bei Wahlen immer mehr Stimmen als die Kommunisten errungen. Die PS blockierte nach einem Vermerk der Abteilung IV den Platz für eine sozialdemokratische Partei in Chile.⁷⁵ Altamirano gehe zwar noch nicht konform mit der SED- und PC-Linie, denn er beharre auf möglichst großer Unabhängigkeit seiner Partei, diagnostizierte Trappen 1973: „Er lässt sich allerdings in Diskussionen relativ leicht beeinflussen und ist bereit, seine Meinung zu ändern, wenn die Argumente ihm einleuchtend erscheinen.“⁷⁶ Außerdem war die Abteilung der Ansicht, Altamirano sei der einzige, der die verschiedenen Flügel der PS zusammenhalten könne. Im Übrigen versprachen sich die SED-Funktionäre von ihm, dass er „ultralinke“ Kräfte, die als PC-feindlich galten, in ihre Schranken verweise.⁷⁷

Aus diesen Gründen leuchtet es ein, dass etwa 15 MfS-Agenten ausgerechnet PS-Generalsekretär Altamirano aus Chile herausschmuggelten und die SED der chilenischen Partei über Jahre hinweg ein Auslandssekretariat in Ost-Berlin finanzierte.⁷⁸

In der DDR versuchten die SED-Führer in zahlreichen Gesprächen, die PS auf den Marxismus-Leninismus, die Einheit mit der PC und den Kampf gegen „Ultralinke“, „Trotzkisten“ und „Sozialdemokraten“ in der eigenen Partei einzuschwören. Das effektivste Druckmittel, das die SED anwandte, war das Geld. Denn sie finanzierte mit Millionenbeträgen die Arbeit der chilenischen Parteien in der DDR: Häuser, Mitarbeiter, Fahrzeuge und vor allem Flugscheine wurden von den deutschen Genossen bezahlt.⁷⁹

73 Bericht über die Konsultation im ZK der KPdSU zur gegenwärtigen Lage in Chile (Unterredung des Genossen Paul Markowski [...] mit dem Mitglied der ZRK der KPdSU und stellvertretenden Abteilungsleiter im ZK der KPdSU, Genossen E.I. Kuskow am 20. Nov. 1973 in Moskau), 21. Nov. 1973 (SAPMO-BArch, DY 30/2432, Bl. 58).

74 Ebd., Bl. 59.

75 Vgl. Abt. IV, Grundsätzliche Fragen (SAPMO-BArch, DY 30/IVB2/20/358, Bl. 1–3).

76 Trappen, Bemerkungen und Beobachtungen zum Verhalten und Auftreten des Genossen M. [Carlos Altamirano], 26. Nov. 1973 (SAPMO-BArch, DY 30/IVB2/20/355, Bl. 1).

77 Vgl. Markowski an Honecker: Zur Vorbereitung des Treffens mit Carlos Altamirano, 3. Juni 1977 (SAPMO-BArch, DY/30/IVB 2/20/362, Bl. 3).

78 Vgl. Ortega, La historia, ohne Seitenangabe.

79 1978 zum Beispiel gab das Solidaritätskomitee der DDR etwa drei Millionen Mark für die Büros der chilenischen Emigration aus. Vgl. Bilanz für die Zeit vom 1. Jan. bis 31. Dez. 1978 des Solidaritätskomitees der DDR (SAPMO-BArch, vorl. SED 40567, Band 2, Bl. 0–16).

Im Gegenzug erwartete die SED ein Mitspracherecht über die Verwendung der Mittel. So versprach Honecker der PC im Oktober 1974, dass er es nicht dulden würde, wenn der so genannte Trotzist Adonis Sepúlveda im Berliner Büro der PS arbeitete. „Die Unterstützung für die SP Chiles [SP = deutsch für PS] [ist] nicht mit der Tätigkeit spalterischer Elemente vereinbar“, erklärte der SED-Chef. Diese Drohung wolle er Altamirano in einer „ernsten Aussprache“ erläutern.⁸⁰

Dagegen förderte die SED gezielt ihr genehme Gruppen innerhalb der PS. Im Februar 1976 wies sie laut einem ZK-Protokoll die FDJ an, dem moskautreuen Sozialistischen Jugendverband „größere materielle und politische Unterstützung zu geben“. Die Technische Kommission des Altamirano-Gegners Rolando Calderón werde mit Hilfe der SED ausgebaut.⁸¹

Die Marxisten-Leninisten der PS bestärkten Honecker auch darin, Altamirano immer wieder zu einer engeren Zusammenarbeit mit der PC zu drängen und gegen „Abweichler“ vorzugehen.⁸² Entscheidend im Kampf um die Macht sei, so lehrte der ehemalige Dachdecker aus dem Saarland seinen chilenischen Gast, „die Existenz einer starken politischen Partei zur Führung der Massen.“⁸³ Und weiter: „Deshalb ist die feste Aktionseinheit von KP und SP der Kern der gesamten Bewegung.“⁸⁴

Den einfachen Parteimitgliedern wurden diese Lehren schon in den Erstaufnahmehelagern vorgetragen.⁸⁵ Später sorgten Kurse an SED-Schulen dafür, dass sich „die chilenischen Genossen solide Kenntnisse über die marxistisch-leninistische Revolutionstheorie, [...] über die führende Rolle der KPdSU [...], über Wesen und Tätigkeit der Partei neuen Typus und über die Dialektik von Nationalem und Internationalem aneignen“.⁸⁶ Die von mir interviewte Zeitzeugin Angulo spricht von „Gehirnwäsche“ – und das dürfte nicht nur sie so empfunden haben, denn ein Stasi-Dossier über die Anhänger Altamiranos zitierte einige chilenische Sozialisten mit den Worten: „Wir besuchen keine SED-Schulun-

80 Vermerk über ein Gespräch Honeckers mit Millas, Mitglied der Politischen Kommission des ZK der KP Chiles und Beauftragter des ZK der Partei in der DDR, am 10. Okt. 1974, 14. Okt. 1974 (SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.035/132, Bl. 79).

81 Vgl. Abt. IV, Zur Hilfeleistung der SED für die Sozialistische Partei Chiles und zu einigen Fragen der Entwicklung der SP nach dem Putsch von 1973 (SAPMO-BArch, DY 30/IVB2/20/358, Bl. 14).

82 Vgl. Abt. IV, Zur Lage in der Sozialistischen Partei Chiles (Quelle: Information des Genossen Rolando Calderón gegenüber Genossen Friedel Trappen am 5. Juli 1977) (SAPMO-BArch, DY/30/IVB 2/20/362, Bl. 4).

83 Vermerk über das Gespräch des Genossen Erich Honecker [...] mit der Delegation der Sozialistischen Partei Chiles unter Leitung ihres Generalsekretärs, Carlos Altamirano, am 8. Nov. 1976 [...], 9. Nov. 1976 (SAPMO-BArch, DY30/IVB 2/20/360, Bl. 16 f.).

84 Ebd., Bl. 19.

85 Vgl. SED-Kreisleitung Eisenhüttenstadt, 9. Febr. 1974 (BLHA, Rep. 730/4761).

86 Sekretariat des ZK der SED, Anlage Nr. 5 zum Protokoll Nr. 41 vom 9. April 1975 (SAPMO-BArch, DY 30/J IV2/3/2293, Bl. 36).

gen mehr, da wir sonst bessere Kommunisten werden als die eingeschriebenen Mitglieder.“⁸⁷

Abgestimmt war die Beeinflussung der PS immer auch mit der PC. Unter allen chilenischen Parteien hatte sie die besten Beziehungen zur SED. So schaffte sie es Anfang 1974, einen ihr nicht genehmen Artikel Altamiranos über die Lehren aus dem Zusammenbruch der UP-Regierung in der SED-Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ zu verhindern.⁸⁸ Typisch für das Verhältnis von PC und SED ist ein Gespräch zwischen Funktionären beider Parteien vom Oktober 1974. Zuvor hatten sich die deutschen Genossen mehrmals mit Altamirano getroffen – nun verriet sie alle vertraulichen Informationen des PS-Chefs den Kommunisten. So erfuhr PC-Vertreter Orlando Millas von den geheimen Kontakten Altamiranos mit den chilenischen Christdemokraten und von einer Einladung der Sozialistischen Internationale für den Sozialistenführer – beides bedachte Millas mit bissigen Kommentaren über den PS-Generalsekretär, der angeblich die SED an der Nase herumführe.⁸⁹ Im selben Gespräch gab der PC-Vertreter auch bekannt, auf welche PS-Funktionäre „man sich im weiteren Kampf für die Einheit von Kommunisten und Sozialisten in besonderem Maße stützen“ müsse, neben anderen auf Calderón.⁹⁰

Als im April 1979 die Marxisten-Leninisten um PS-Funktionär Clodomiro Almeyda nicht zuletzt wegen der Hilfe durch die SED stark genug waren, um Altamirano zu stürzen, fragten die deutschen Genossen als erstes bei der PC nach, wie mit der nunmehr gespaltenen Sozialistischen Partei zu verfahren sei. Getreu der Empfehlung der Kommunisten empfing Honecker zuerst Almeyda, erkannte also dessen Wahl an. Einige Zeit später traf sich der SED-Chef dann mit Altamirano, der schließlich eine eigene PS-Fraktion gründete („PS-Altamirano“). Die PC-Führung wusste laut ihrer Mitteilung an Honecker, dass hinter dem gestürzten PS-Generalsekretär immer noch viele Sozialisten standen. Es gelte, ihn in die UP einzubinden und den Kontakt zu halten. Klar war aber auch, dass nur noch Almeydas Fraktion die üblichen finanziellen Hilfen der SED bekam.⁹¹

Vor seiner Abreise aus der DDR sah sich Altamirano noch genötigt, die SED zu bitten, seine Anhänger „nicht irgendwelchen Verfolgungen“ auszusetzen.⁹² Tatsächlich hielt zum Beispiel die MfS-Bezirksverwaltung für ihre Offiziere extra eine Schulung über die Altamirano-Gruppe ab, die nun als sozialdemokratisch geächtet wurde. Prompt berichtete ein Zwickauer Stasi-Spitzel, dass eine

87 Ohne nähere Angaben, aber wohl die Handschrift des Hauptmanns Wildner (BV KMSt, Abt. II/5), zwischen Dokumenten vom 30. Jan. 1980 und 7. Febr. 1980, BStU, Außenstelle Chemnitz, BV KMSt II-36 Band 1, Bl. 149 (BStU-Zählung).

88 Vgl. Abt. IV, Vermerk über ein Gespräch Trappens mit Millas am 28. Sept. 1974, 30. Sept. 1974 (SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.035/132, Bl. 64).

89 Vgl. Ebd., Bl. 66.

90 Ebd., Bl. 65.

91 Vgl. Abt. IV an Honecker, 15. Mai 1979 (SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.035/132, Bl. 274–279).

92 Vermerk über ein Gespräch Friedel Trappens mit Altamirano am 18. Juni 1979 (SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.035/137, Bl. 148).

„Fraktionistin“ ein Pamphlet, das sie aufgesetzt hatte, in ihrem Betrieb zur Begutachtung habe vorlegen müssen.⁹³ Ihre Bewerbung als Dolmetscherin sei „aufgrund ihrer negativen politischen Einstellung“ abgelehnt worden.⁹⁴ In diesem Klima verließen die Altamirano-Anhänger nach und nach die DDR. 1982 waren „Hans-Christian“ zufolge nur noch sieben übrig geblieben.⁹⁵

Die „PS-Almeyda“ entwickelte sich nach den Vorstellungen der SED und der PC. Jedenfalls sind in den Protokollen der Treffen Almeydas und Honeckers keine bedeutenden Differenzen mehr zu erkennen.

Und im Februar 1989 bedankte sich der PC-Funktionär Volodia Teitelboim bei dem SED-Chef dafür, dass er den Sozialisten „geholfen habe, eine konstruktive politische Linie zu finden“. Almeyda stehe „auf festen marxistischen Positionen“.⁹⁶ Innerparteiliche Kritiker stellte dieser mit Hilfe der SED kalt. So bat Almeyda im Juni 1983 die deutschen Genossen, vier seiner Gegner im Auslandssekretariat seiner Partei und beim chilenischen Programm des Auslandssenders „Radio Berlin International“ aus der DDR auszuweisen.⁹⁷ Nach Beratungen mit der PC ordnete die SED tatsächlich an, nunmehr fünf „Spalttern“ zwar nicht die Aufenthaltsgenehmigungen zu entziehen, sie aber doch aus ihren Arbeitsstellen zu entlassen und sie zu fragen, „wie sie sich [den] weiteren DDR-Aufenthalt“⁹⁸ vorstellten. Daraufhin verließ mindestens einer der betroffenen Journalisten nach Aussage des chilenischen Chefredakteurs von „Radio Berlin International“, Sergio Villegas, das Land.⁹⁹

93 Vgl. Hauptmann Wildner (BV KMSt, Abt. II/5), Information des IM „Hans-Christian“, 21. Mai 1980, BStU, Außenstelle Chemnitz, BV KMSt II-36 Band 1, Bl. 179 (BStU-Zählung). Die Betroffene hatte zuvor Flugblätter für Altamirano verteilt: Hauptmann Wildner (BV KMSt, Abt. II/5), Bericht, 28. Dez. 1979, BStU, Außenstelle Chemnitz, BV KMSt II-36 Band 1, Bl. 132 f. (BStU-Zählung).

94 Hauptmann Wildner (BV KMSt, Abt. II/5), Bericht, 27. Juni 1980, BStU, Außenstelle Chemnitz, BV KMSt II-36 Band 1, Bl. 191 (BStU-Zählung).

95 Vgl. Hauptmann Wildner (BV KMSt, Abt. II/5), Bandabschrift. Situation in der SP Chiles unter Emigranten in der DDR, 7. Aug. 1982, BStU, Außenstelle Chemnitz, BV KMSt II-36 Band 1, Bl. 257 (BStU-Zählung).

96 Sieber (Leiter Abt. IV), Information für das Politbüro des ZK. Vermerk über ein Gespräch des Genossen Erich Honecker [...] Volodia Teitelboim, Mitglied der Politischen Kommission und des Sekretariats des ZK der KP Chiles, am 2. Febr. 1989, 8. Febr. 1989 (SAPMO-BArch, DY 30/2435, Bl. 123).

97 Vgl. Sieber an Axen, 29. Juni 1983 (SAPMO-BArch, vorl. SED 38956, Bl. 1).

98 Andrés Sepúlveda (p. Comité Permanente del Secretariado Exterior del P.S. Ch.) an Abt. IV, 21. Sept. 1983 (SAPMO-BArch, vorl. SED 38960, Bl. 1).

99 Vgl. Gespräch des Autors mit Sergio Villegas am 2. Aug. 2001.

VI. Für die „Stärkung der DDR“: Chilenen in der Propaganda

Wer in der DDR lebte, stieß sehr häufig auf das Thema Chile. Schulen trugen die Namen des ermordeten Musikers Victor Jara, auf Briefmarken prangte das Porträt Salvador Allendes, die Medien füllten auch Jahre nach dem Putsch ganze Seiten mit Artikeln über die chilenischen Genossen.

Die Stoßrichtung der Berichterstattung zu Chile wurde am 18. September 1973 vom Politbüro der SED festgelegt: Ziel war es keineswegs, den verfolgten Lateinamerikanern zu helfen, sondern vor allem, die „Stärkung der DDR“, also letztendlich der Parteiführung, zu erreichen. Konkret sollten die Bürger die Normen des Volkswirtschaftsplanes erfüllen, gegen Abweichler vorgehen und nicht den Freiheitsversprechungen des Westens glauben. Das Ziel „Herrschaftssicherung“ der SED wurde also unmissverständlich angeordnet.¹⁰⁰

Alle analysierten Veröffentlichungen aus DDR-Medien, in denen Flüchtlinge aus Chile erwähnt werden und die im Presseauschnittarchiv des ehemaligen Staatlichen Komitees für Rundfunk¹⁰¹ überliefert sind, propagierten die Politik der SED. Die Asylgewährung für die Chilenen bewiese den „zutiefst humanistischen Charakter“¹⁰² der DDR. Alle Exilanten hätten „gesicherte Arbeitsplätze, Wohnungen und [...] jegliche materielle und soziale Unterstützung“ erhalten.¹⁰³ Und: „Jeder einzelne konnte eine seinen Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit oder ein Studium aufnehmen.“¹⁰⁴

Zum einen verschafften die Berichte über die Aufnahme der Flüchtlinge, die von Folter und Mord bedroht waren, der SED moralische Legitimation. Denn die Unterdrückung von Regime-Gegnern in Chile galt nicht nur Mitgliedern der Partei als Unrecht. Sogar der mit Auftritts- und Publikationsverbot belegte Künstler Wolf Biermann prangerte 1973 in seinem Lied „Chile. Die Ballade vom Kameramann“ das gewaltsame Ende des chilenischen Experiments an. Unter dem Eindruck eines Dokumentarfilms, auf dem zu sehen ist, wie ein Putschist den Kameramann erschießt, schrieb Biermann: „Und unser Kampf geht da weiter / Wo dieser Film abbricht: / Mit Knarre und Gitarre / Genossen, das ist klar / Und das ist die ganze Wahrheit / der Unidad Popular.“¹⁰⁵

Zum anderen stellte die Propaganda am Beispiel der Flüchtlinge „Errungenschaften“ der DDR, wie sichere Arbeitsplätze, kostenlose Gesundheitsversorgung und Ausbildung, dar. Ausführlich schilderten die Artikel zum Beispiel, dass alle Emigranten Neubauwohnungen erhalten hätten. Implizit und oft auch

100 Vgl. SED-Politbüro, Sitzungsprotokoll Nr. 41/73, 18. Sept. 1973 (SAPMO-BArch, DY 30/J IV2/2/1469, Bl. 2).

101 Heute im Deutschen Rundfunkarchiv, Standort Potsdam.

102 Entschlossene Aktionen, weltweite Solidarität für die Patrioten Chiles. Rede Paul Verners auf der Solidaritätskonferenz in Paris. In: Neues Deutschland/(ND) vom 7. Juli 1974.

103 Ebd.

104 Keinen Tag allein. Eine Chilenin in der DDR. In: Für Dich 46/November 1976.

105 Wolf Biermann, Alle Lieder, Köln 1991, S. 231 f.

ausdrücklich behaupteten die Veröffentlichungen, dass die DDR ebenso ihren eigenen Bürgern ein Leben ohne materielle Sorgen bereite. So zitierte die Frauenzeitschrift „Für Dich“ im November 1976 eine chilenische Kommunistin, nachdem diese von der staatlichen Versorgung der DDR-Bürger geschwärmt hatte, folgendermaßen: „Manchmal frage ich mich deshalb, ob sie ganz zu würdigen wissen, wie gut sie es in ihrem sozialistischen Staat haben?“¹⁰⁶

Am deutlichsten wird die offenbar beabsichtigte herrschaftssichernde Funktion der Propaganda mit den chilenischen Flüchtlingen immer dann, wenn sie mit Themen verknüpft wurde, die nichts mit den Zuwanderern zu tun hatten, oder wenn chilenische Emigranten in den Medien pauschal die SED-Führung lobten. Ein Beispiel: 1975 zitierte die Zeitung „Neues Deutschland“ (ND) die damalige Generalsekretärin des chilenischen Kommunistischen Jugendverbands, Gladys Marín, mit den Worten: „Euch, den Jugendlichen der DDR, sagen wir besonders, dass es der Ausdruck Eurer Solidarität ist, wenn ihr gut lernt und gut arbeitet, um alle Möglichkeiten des neuen Lebens im Sozialismus zu beweisen.“¹⁰⁷

In einem ND-Artikel über den DDR-Besuch des PC-Generalsekretärs Luis Corvalán Anfang 1977 brachten die von der SED instruierten Journalisten „viele interessante Informationen über das Wachsen und Werden unserer Hauptstadt, über die Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED“ unter. Dass „von den 472.000 Wohnungen in Berlin [...] rund 200.000 nach 1945 gebaut worden“ seien, hatte zwar nichts mehr mit Chile, Pinochet oder den Emigranten zu tun; dennoch präsentierten die DDR-Propagandisten unter dem Deckmantel der Solidarität mit den Junta-Gegnern sogar die aktuellen Vorgaben des Fünfjahrplans.

Als in den 1980er Jahren die Zahl der Ausreiseanträge stieg, setzte die Propaganda auch Chilenen ein, um dem Problem Herr zu werden. Die „Leipziger Volkszeitung“ druckte im September 1988 folgenden Appell einer chilenischen Emigrantin: „Ich diskutierte einige Male mit einer Bekannten, die partout in die BRD will. [...] Der Thälmann-Mörder aber läuft frei herum, Altnazis leben in Ehren. Wie kann ein freier DDR-Bürger seine Heimat gegen ein Land mit solch unwürdigen Zuständen eintauschen?“¹⁰⁸

Ebenso benutzte die SED-Führung die Gäste aus Chile, um ihre eigenen Verstöße gegen die Menschenrechte zu relativieren. Schließlich passten die Folterungen und Hinrichtungen unter dem von den USA und ihren Verbündeten tolerierten Pinochet nicht zu deren Freiheitspostulaten. Die Medien der DDR dagegen konnten im Januar 1974 verkünden, dass die Regierung in Ost-Berlin „Schutz vor den Verfolgungen der Militärjunta“ und „politisches Asyl“ gewäh-

106 Keinen Tag allein. Eine Chilenin in der DDR. In: Für Dich 46/November 1976.

107 Solidaritätsveranstaltung im Friedrichstadtpalast. Luis Corvalán verkörpert die Gewissheit des Sieges. Rede von Gladys Marín, Generalsekretär des Kommunistischen Jugendverbandes Chiles. In: ND vom 15. Sept. 1976.

108 Maxi Wartelsteiner, Venceremos. In: Leipziger Volkszeitung vom 10. Sept. 1988.

re.¹⁰⁹ Die Auslandspresseagentur „Panorama DDR“, die der ZK-Abteilung Auslandsinformation direkt unterstellt war, zitierte in einer ihrer unregelmäßig erscheinenden *Dokumentationen* für Medien im Westen Manfred Kossok, Präsident des Chile-Solidaritätszentrums, im Oktober 1978 mit den Worten: „Wem es wirklich um die Menschenrechte zu tun ist, wer wissen will, was dem Imperialismus Menschenrechte bedeuten und zwar dann, wenn er sie nicht mehr nach seinem Willen manipulieren kann, wenn eben die Menschen ihre Rechte in die eigenen Hände nehmen, der soll und muss sich stets an den 11. September 1973 erinnern.“¹¹⁰

VII. Die Angst vor schädlichen Kontakten: Reisen als Privileg

Einmal in der DDR, war es auch für Ausländer schwierig, sie wieder zu verlassen. Die im Untersuchungszeitraum gültigen Pass-Gesetze von 1954 und 1979 verlangten auch von Nicht-DDR-Bürgern Ausreisevisa.¹¹¹ Die Chilenen durften zwar prinzipiell die DDR verlassen, aber die Ausnahmen von dieser Regel waren genauso zahlreich wie willkürlich. 1977 stellte der offizielle Emigranten-Betreuer der Stadt Jena gegenüber MfS-Offizieren fest, dass die Flüchtlinge „nur sehr bedingt“ ins westliche Ausland reisen könnten.¹¹²

Einige Chilenen wollten dann auch, laut Monatsbericht der MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt an die Berliner Zentrale, die Ausreisegenehmigung erzwingen, indem sie Ende 1974 mit der gesamten Familie im Innenministerium vorstellig wurden und drohten, so lange zu bleiben, bis sie die erforderlichen Papiere bekämen.¹¹³ Daraus lässt sich ableiten, dass Ausreisen zumindest herausgezögert wurden, was in der Praxis einer Ablehnung gleichkam.

109 Über 400 Patrioten aus Chile erhielten bis jetzt in unserer Republik politisches Asyl. In Berlin traf erneut eine größere Gruppe von UP-Anhängern ein. In: ND vom 8. Jan. 1974.

110 Panorama DDR. Dokumentation, Oktober 1978: Zur „Woche der Solidarität mit dem chilenischen Volk“ im September 1978 in der DDR.

111 Vgl. Pass-Gesetz der Deutschen Demokratischen Republik. Vom 15. September 1954, § 2. In: GBl. Nr. 81 vom 22. Sept. 1954, S. 786. Pass-Gesetz der Deutschen Demokratischen Republik vom 28. Juni 1979, § 2 Absatz 1. In: GBl. Teil I Nr. 17 vom 2. Juli 1979, S. 148.

112 Vgl. Hauptmann Willms (BV Gera, Abt. II), Vermerk über geführte Aussprache mit [...], Beauftragter der Abteilung Inneres beim Rat der Stadt Jena zur Betreuung chilenischer Emigranten in Jena, 7. Juli 1977, BStU, Außenstelle Gera, BV Gera II-5880, Bl. 290 (BStU-Zählung).

113 Vgl. Vieweg an HA XX, Berichterstattung über politisch-operative Ergebnisse bei der Aufklärung und Absicherung chilenischer Emigranten gemäß FS 191/194 des Stellvertreters des Ministers vom 19. 1. 1974 und der Dienstanweisung 5/74 des Leiters der BV KMS, 17. Okt. 1974, BStU, Außenstelle Chemnitz, BV KMS II-36 Band 2, Bl. 42 f. (BStU-Zählung).

Für das Verbot einer Reise zu einem Entwicklungshilfe-Kongress in Schweden genügte schon, dass der Antragsteller nicht genau angab, wer hinter dem Veranstalter stand, wer die Organisation finanzierte und welche politische Richtung sie verfolgte. Stattdessen gab der Betroffene einem Bericht eines Inoffiziellen Mitarbeiters (IM) im Dienste des MfS vom Oktober 1975 zu Protokoll, die Organisation arbeite so wie das „Friedenscorps“ der Vereinigten Staaten. Dieses wiederum brachte der IM mit dem US-amerikanischen Geheimdienst CIA in Verbindung. Ergebnis: „Diese Reise wurde nach Rücksprache mit der Abt. IV beim ZK der SED abgelehnt.“¹¹⁴

Zuweilen nutzten die DDR-Stellen Ausreiseanträge aus, um massiv in das Privatleben der betroffenen Chilenen einzugreifen. So wollte im Sommer 1985 ein ehemaliges PC-Mitglied nach Schweden fahren, um – so die Erkenntnisse des Rats des Bezirkes Potsdam – seine Geliebte zu besuchen. Der Sachbearbeiter fragte den Chilenen, warum er nicht mit seiner Familie in den Urlaub fahre, was dieser nicht beantworten wollte. Nun wusste man aber im Innenministerium aus Quellen, die in den Vermerken nicht genannt werden, dass die schwedische Geliebte nur bis zum 15. Juli zu Hause sei. Also gab der im Ministerium des Innern (Mdi) zuständige Genosse Breden die Order aus: „[Der Chilene] bekommt vor dem 15.07. kein[e] Visa.“¹¹⁵ Da half auch nicht, dass sich der Betroffene „jede Einmischung in seine persönlichen Angelegenheiten“¹¹⁶ verbat, und er die DDR-Funktionäre zurechtwies, mit seiner Frau hätten sie seine Angelegenheiten nicht zu besprechen.

Die bereits mehrmals zitierte MfS-Dissertation empfahl bei Bedarf zum Beispiel, die Ausreise unter dem Vorwand eines laufenden Strafverfahrens zu verweigern.¹¹⁷ Mit Gummiparagrafen über „Beeinträchtigung staatlicher und gesellschaftlicher Tätigkeit“, „Öffentliche Herabwürdigung“ oder „Ungesetzliche Verbindungsaufnahme“ konnte ein solches Verfahren gegen politisch unliebsame Emigranten eingeleitet werden.¹¹⁸

In der Regel bemühten sich die DDR-Behörden noch nicht einmal, den Betroffenen die Ablehnungen mitzuteilen. Dies erledigte das Büro „Antifaschistisches Chile“ (CHAF), das von Chilenen geführt wurde und die Reiseanträge der einfachen Emigranten entgegennahm. Erst wenn die dort tätigen Funktionäre der chilenischen Parteien zustimmten, bearbeiteten die DDR-Behörden den Antrag. In einer CHAF-Anweisung, die das MfS archivierte, hieß es, dass die Ent-

114 MfS HA XX/AGA, Information des IM „Zeichner“, 30. Okt. 1975, BStU, Zentralarchiv, AIM 2562/83, Teil II, Bl. 53 (BStU-Zählung).

115 RdB Potsdam, Handschriftliche Notiz über Information des Gen. Breden (Mdi), 9. Juli 1985 (BLHA, Rep. 401/24955).

116 Handschriftlicher Vermerk über Gespräch vom 3. 7. 1985 mit dem Betroffenen (BLHA, Rep. 401/24955).

117 Vgl. Oberst Lehmann, Forschungsergebnisse, Bl. 23 (BStU-Zählung).

118 Einen Überblick über die einschlägigen Paragraphen im Strafgesetzbuch der DDR bieten: David Gill/Ulrich Schröter, Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin 1991, S. 132.

scheidung nach „politisch-ideologischen Kriterien“ getroffen werden müsse.¹¹⁹ Von Reisen in den Westen riet das Büro klar ab.¹²⁰

Bereits die Gründung des CHAF sei eine Idee der SED-Funktionäre gewesen, hieß es in einer Beschlussvorlage des staatlich kontrollierten Solidaritätskomitees.¹²¹ Diese DDR-Institution finanzierte laut ihren Bilanzen das Büro.¹²² Zu seinen Hauptaufgaben gehöre es, die Reisen der Chilenen „bezüglich der politischen Aspekte“¹²³ zu kontrollieren, so die Beschlussvorlage. 1982 beschäftigte das CHAF in seiner Berliner Zentrale dem Dokument zufolge fünf hauptamtliche Funktionäre aus Chile sowie sechs DDR-Bürger, die vom Solidaritätskomitee bezahlt wurden.¹²⁴ Schon dieses Abhängigkeitsverhältnis ermöglichte der SED, genügend Druck auf die Funktionäre auszuüben, Reiseanträge in ihrem Sinne zu entscheiden.

Wie groß der Einfluss der SED im CHAF war, zeigt schon die Tatsache, dass ZK-Mitarbeiter an den Sekretariatssitzungen des Büros teilnahmen. Jonny Norden von der Abteilung IV legte den Genossen von der CHAF-Zentrale bei dieser Gelegenheit im Juli 1976 einen detaillierten „Vorschlag“ für eine Neuregelung der Reisebestimmungen vor.¹²⁵

Diese Einflussnahme war offiziell, aber das CHAF war auch von Inoffiziellen Mitarbeitern der Stasi unterwandert. Unter den bereits erwähnten DDR-Bürgern in dem Büro waren zwei „politische Mitarbeiter“ – beide wurden laut ihren Personalakten vom MfS im CHAF „eingebaut“, also unter einer Legende in das Büro eingeschleust (Decknamen „Lein“ und „Zeichner“).¹²⁶ Der Anwer-

119 Vgl. MfS HA XX/AGA, Allgemeine Normen über Reisen von chilenischen Politemigranten, die in der DDR wohnhaft sind. Inoffizielle Übersetzung (Auszüge) Büro „Chile Antifascista“, 3. April 1975, BStU, Außenstelle Chemnitz, BV KMSSt II-37, Bl. 83 (BStU-Zählung).

120 Vgl. Ebd., Bl. 84 (BStU-Zählung).

121 Vgl. Vorlage an das Solidaritätskomitee der DDR, 26. Juli 1982, BStU, Zentralarchiv, AIM 2562/83, Teil II, Bl. 183 (BStU-Zählung).

122 Zum Beispiel 1980 mit 270.429,95 Mark. Vgl. Bilanz per 31. Dez. 1980 des Solidaritätskomitees der DDR (SAPMO-BArch, vorl. SED 40567, Band 2, Bl. 0–16).

123 Ebd., Bl. 187 f. (BStU-Zählung).

124 Vgl. Ebd., Bl. 185 (BStU-Zählung).

125 Vgl. Major Otto (MfS HA II/15): reffbericht IM „Zeichner“ über CHAF-Sekretariatssitzung vom 21. Juli 1976, 2. Aug. 1976, BStU, Zentralarchiv, AIM 2562/83, Teil II, Bl. 89–91 (BStU-Zählung).

126 IM „Lein“ hieß in Wirklichkeit Horst Oelschlägel, geb. 7. Juli 1936, und wurde 1977 als Mitarbeiter des Solidaritätskomitees der DDR in das CHAF eingeschleust (MfS HA II/19: Auskunftsbericht zu dem DDR-Bürger Oelschlägel, Horst, Friedhold, ohne genaues Datum, aber der Bericht ist die Antwort auf eine Anfrage der HA, die eine Frist bis zum 6. Jan. 1989 setzte (BStU, Zentralarchiv, AIM 15557/91, Teil I, Band 1, Bl. 29 f.). Der letzte Bericht von „Lein“ über chilenische Emigranten stammt vom 17. Aug. 1989: Otto (MfS HA II/19), Treffbericht, 17. Aug. 1989 (BStU, Zentralarchiv, AIM 15557/91, Teil II, Band 2, Bl. 464 f.). – IM „Zeichner“ war Siegfried Kassel, geb. 20. 3. 1920. Er arbeitete bis wenige Monate vor seinem Tod am 17. Febr. 1983 im CHAF: Oberstleutnant Otto (MfS HA II/15): Abschlussbericht zum IM-Vorgang „Zeichner“. Reg.-Nr. XV/42/65, 7. März 1983 (BStU, Zentralarchiv, AIM 2562/83,

bungsvorschlag des IM „Zeichner“ enthielt als eine seiner wichtigsten Aufgaben: „Überwachung des Reiseverkehrs der politischen Emigranten Chiles in der DDR, dazu Gründe, Ursachen und Zweck dieser Reisen, besonders ins KA [kapitalistische Ausland]“. ¹²⁷ Dieser Aufgabe kam der IM auch nach: Regelmäßig lieferte er seinen Führungsoffizieren die Namen der Reiseantragsteller. „Prüfen, ob er bei uns bekannt ist“, schrieben die Offiziere dahinter und beauftragten „Zeichner“ oft, den Fall der ZK-Abteilung IV zur Entscheidung vorzulegen. ¹²⁸ So war es durchaus berechtigt, wenn ein Bericht der Karl-Marx-Städter Stasi-Bezirksverwaltung 1974 konstatierte, dass jeder Reiseantrag „in Abstimmung mit dem MfS“ ¹²⁹ entschieden werde.

Trappen gibt freimütig zu, dass die Reisebeschränkungen auf die Initiative der SED zurückgegangen seien, ¹³⁰ obwohl er daran interessiert sein könnte, die Verantwortung der chilenischen Seite zuzuschieben. Hinter dieser Politik stand dem ehemaligen ZK-Funktionär zufolge die Angst, die Flüchtlinge könnten im Westen von „der Spionage“ angeworben werden. Die „Sicherheit der DDR“ sei in Gefahr gewesen. ¹³¹ Besonders befürchtete die ZK-Abteilung Internationale Verbindungen, Chilenen könnten im Westen über ihre negativen Erfahrungen in der DDR erzählen. Die in den SED-Bezirksleitungen für die Emigranten zuständigen Funktionäre warnte die Abteilung im Juli 1974 davor, dass durch solche Reisen „unser Ansehen im Ausland geschädigt werden“ ¹³² könne.

Damit ließe sich auch erklären, weshalb die DDR-Grenzer der von mir interviewten Chilenin Angulo nach deren Angaben ihr Tagebuch abnahmen, als sie aus Ost- nach West-Berlin umzog. Ihre Aufzeichnungen enthielten Schilderungen der repressiven Maßnahmen, die sie in der DDR am eigenen Leib erfahren hatte. ¹³³ Ebenfalls im Juli 1974 telegrafierte die Stasi in Karl-Marx-Stadt in die Berliner Zentrale einen „dringenden“ Bericht über Gerüchte, dass innerhalb von zwei Monaten 160 Chilenen die DDR verlassen und dies in West-Berlin auf einer Pressekonferenz bekannt geben wollten. ¹³⁴ Ob diese Information zutref-

Teil I, Bl. 267 f.). Oberstleutnant Bauer (MfS HA II/15), Treffbericht des IME „Zeichner“, 14. Juli 1977 (BStU, Zentralarchiv, AIM 2562/83, Teil II, Bl. 98/2).

127 Vgl. Major Kluge (MfS HA XX/AGA), Vorschlag zur Anwerbung eines IM, 30. Nov. 1974 (BStU, Zentralarchiv, AIM 2562/83, Teil I, Bl. 190).

128 Oberstleutnant Bauer (MfS HA II/15), Treffbericht des IME „Zeichner“, 10. Juni 1976 (BStU, Zentralarchiv, AIM 2562/83, Teil II, Bl. 84). Otto, Treffbericht IM „Zeichner“, 2. Aug. 1976, BStU, Zentralarchiv, AIM 2562/83, Teil II, Bl. 91 (BStU-Zählung).

129 Oberleutnant Korb (BV KMSt): Information zur Lage unter den chilenischen Emigranten und Emigranten anderer lateinamerikanischer Staaten, 9. Juli 1974, BStU, Außenstelle Chemnitz, BV KMSt II-36 Band 1, Bl. 7 (BStU-Zählung).

130 Vgl. Interview Trappen, 17. Mai 2001.

131 Vgl. Ebd.

132 SED-Bezirksleitung Frankfurt (Oder), Information über eine Beratung beim ZK zu Problemen in der Arbeit mit chilenischen Emigranten am 25. Juli 1974, 29. Juli 1974 (BLHA, Rep. 730/4761).

133 Vgl. Interview Angulo, 19. und 22. Nov. 2000.

134 Vgl. BV KMSt, Abt. XX/2 an HA XX: Telegramm Fu 1135, „dringend“, 25. Juni 1974, BStU, Außenstelle Chemnitz, BV KMSt II-36 Band 2, Bl. 26 (BStU-Zählung).

fund war, ist den Akten nicht zu entnehmen. Fest steht aber, dass die SED anscheinend eine tief sitzende Angst vor negativen Nachrichten über Exil-Chilenen in der DDR hatte.

Bei den höchsten chilenischen Kadern trieb sie diese Sorge dagegen nicht um. Sie konnten jederzeit die DDR-Grenze überqueren. Ihnen bezahlte ihr Gastgeberstaat sogar alle damit verbundenen Kosten (zum Beispiel 1978 insgesamt 600 000 West-Mark).¹³⁵

VIII. Flüchtlinge als Sicherheitsrisiko: Chilenen im Visier des MfS

Ausländer, und damit auch die chilenischen Flüchtlinge, galten dem MfS in erster Linie als ein Risiko für die Sicherheit der DDR. Der ideologische Gegner versuche „ständig“, diese Gruppe für seine gegen den SED-Staat gerichteten Ziele „zu missbrauchen“, hieß es in der bereits zitierten Dissertation leitender MfS-Offiziere.¹³⁶

Als Gründe, weshalb Ausländer für die Zwecke des „Feindes“¹³⁷ besonders geeignet seien, führte die Doktorarbeit unter anderem an, dass sie „ungehindert aus- und wiedereinreisen“ könnten.¹³⁸ „Die Aufenthalte außerhalb der DDR können [...] zur Vorbereitung und Durchführung feindlicher Aktivitäten gegen die DDR genutzt werden.“¹³⁹ Alle Ausländer sah die Stasi deshalb zunächst einmal als verdächtig an: „In der politisch-operativen Arbeit muss man ständig davon ausgehen, dass sich Ausländer grundsätzlich im Blickfeld der Geheimdienste oder anderer feindlicher Zentren befinden können“,¹⁴⁰ stellten die Promovenden fest. Folgerichtig legte das MfS – laut Protokoll einer Dienstbesprechung – über jeden Chilenen ein Dossier an.¹⁴¹

Warum speziell die Chilenen Risikofaktoren waren, erklärte ein Vortrag von 1977 in der Berliner MfS-Zentrale den Offizieren, die in den verschiedenen Bezirken die Chilenen „bearbeiteten“.¹⁴² Obwohl Mitglieder linker Parteien, seien die Emigranten nicht völlig einverstanden mit der DDR-Politik, hieß es dort.

135 Vgl. Faktenmaterial zur Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk in der DDR. In: Informationsmappe zu Corvalán-Besuch [Generalsekretär der KP] 28. Jan. bis 2. Febr. 1977 (SAPMO-BArch, DY 30/IVB2/20/264, S. 2).

136 Vgl. Oberst Lehmann, Forschungsergebnisse, Bl. 20 f. (BStU-Zählung).

137 Ebd., Bl. 28 (BStU-Zählung).

138 Ebd., Bl. 30 (BStU-Zählung).

139 Ebd., Bl. 23 (BStU-Zählung).

140 Ebd., Bl. 43 (BStU-Zählung).

141 Vgl. Unterleutnant Meier (BV KMSt, Abt. XV/20), Bericht zur ersten Beratung mit den Mitarbeitern der Abteilung XV der Bezirke zur Bearbeitung chilenischer Bürger, 18. Jan. 1974, BStU, Außenstelle Chemnitz, BV KMSt II-37, Bl. 112 (BStU-Zählung).

142 Hauptgesichtspunkte für die politisch-operative Arbeit auf dem Gebiet des Schutzes, der Sicherung und der abwehrmäßigen Bearbeitung der chilenischen politischen Emigration, BStU, Außenstelle Dresden, BV Dresden Abt. II -9458, Bl. 1-13 (BStU-Zählung). Fast derselbe Wortlaut ist auch in den Akten der BV KMSt überliefert: Vortrag

Suspekt seien zum Beispiel die Anhänger der Radikalen Partei, die zur Sozialistischen Internationale gehörte. Auffällig ist, dass das Referat in diesem Zusammenhang auch feststellte, dass unter den Chilenen „kaum Arbeiter“, aber viele Angehörige der Intelligenz seien – diese Sozialstruktur galt per se als verdächtig.¹⁴³

Wie das MfS in der Praxis die Bekämpfung von Geheimdiensten mit der von Oppositionellen vermischte, zeigt das Stasi-Konzept zur „Bearbeitung“ der Chilenen von Dezember 1973. Es macht allgemein die westlichen „Dienste“ und „subversive Organisationen“ für die „Einschleusung von westlichem Hetz- und Propagandamaterial“, „Erscheinungen der bürgerlichen Dekadenz, der Unmoral bis hin zur Gefahr des Rauschgiftmissbrauchs“ sowie für „außenpolitisch unerwünschte Aktionen“ der Emigranten verantwortlich.¹⁴⁴ Als das Ministerium 1977 seinen „Informationsbedarf“ über die Chilenen definierte, nannte es unter der Überschrift „Maßnahmen der Junta-Geheimdienste“ nicht nur Spionage und Terroranschläge, sondern auch den „Auf- und Ausbau politischer Organisationen innerhalb der chilenischen politischen Emigration mit dem Ziel, diese zu zersetzen“ oder „Versuche der Diffamierung und Isolierung führender Persönlichkeiten und progressiver Kräfte“.¹⁴⁵ Unter dem Vorwand der weithin anerkannten Bekämpfung fremder Geheimdienste ging die Stasi also auch gegen jeden vor, der von der aus Moskau oder Ost-Berlin vorgegebenen Linie abwich. Wie lässt sich sonst erklären, dass in der Auftragsplanung für den IM „Zeichner“, der im Berliner CHAF für die Stasi sämtliche Anträge von Chilenen an DDR-Behörden kontrollierte, Aktionen fremder Geheimdienste noch nicht einmal erwähnt werden?¹⁴⁶ Und warum verfasste die Stasi beunruhigt Berichte, dass chilenische Jugendliche ihren deutschen Freunden begeistert von „Che Guvara“ erzählt hätten?¹⁴⁷ Und war mit der Spionageabwehr zu rechtfertigen,

HA II 1977 – Auszüge. Abschrift, 26. Sept. 1977, BStU, Außenstelle Chemnitz, BV KMSSt Abt. II – 37, Bl. 173–177 (BStU-Zählung).

143 Vgl. Hauptgesichtspunkte, Bl. 6 (BStU-Zählung).

144 MfS HA XX, Konzeption zur politisch-operativen Sicherung und den Schutz chilenischer Staatsbürger sowie politischer Emigranten lateinamerikanischer Länder aus Chile, die vorläufigen Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik nehmen, 3. Dez. 1973, BStU, Außenstelle Chemnitz, BV KMSSt Abt. II – 35, Bl. 2 f. (BStU-Zählung).

145 Schwerpunkte des Informationsbedarfes zur Gewährleistung von Schutz und Sicherheit sowie der abwehrmäßigen Bearbeitung der chilenischen politischen Emigration in der DDR, zwischen Dokumenten vom 26. Aug. 1977 und 26. Sept. 1977, BStU, Außenstelle Chemnitz, BV KMSSt II-36 Band 2, Bl. 128 (BStU-Zählung).

146 Stattdessen sollte er der Stasi folgendes melden: Bestrebungen der Emigranten, die „sich gegen evtl. Interessen der DDR richten könnten“, „außenpolitische, nicht erwünschte Aktivitäten“, „extremistische sowie trotzkistische Auffassungen“ (Kluge, Vorschlag zur Anwerbung eines IM, 30. Nov. 1974, BStU, Zentralarchiv, AIM 2562/83, Teil I, Bl. 190).

147 Vgl. Major Schmidt (Objektdienststelle Zeiss, Jena), Information zur Arbeit der Chilenen in Jena, 14. Dez. 1978, BStU, Außenstelle Gera, BV Gera II-5880, Bl. 43 (BStU-Zählung).

dass sich das MfS über jeden Eheschließungsantrag zwischen Chilenen und DDR-Bürgern unterrichten ließ?¹⁴⁸

Es ging eher darum, freie Meinungsbildung oder Kritik zu verhindern. Außergewöhnlich klar illustriert das der Fall eines Chilenen, den Stasi-Mitarbeiter ab Februar 1979 besonders intensiv überwachten. Als Gründe führte der zuständige MfS-Offizier an, das Mitglied der Radikalen Partei halte es für unrealistisch, ein Anti-Pinochet-Bündnis anzustreben, an dem sowohl die Christdemokraten als auch die Kommunisten teilnähmen, weshalb er auf die PC notfalls zu verzichten bereit sei.¹⁴⁹ Typisch ist, dass dieser Vorwurf der „antileninistischen Einstellung“ kombiniert wurde mit dem Verdacht, der Betroffene stehe in Kontakt zu einem chilenischen Geheimdienst.¹⁵⁰ Tatsächlich musste auch die Stasi später feststellen, dass diese Vermutung falsch war. Doch der Ausgespähte hatte dem MfS zufolge mehrmals ohne Genehmigung der offiziellen Emigrantenorganisation CHAF die DDR-Grenze passiert (er besaß die französische Staatsbürgerschaft und konnte so die Reiseregeln für Chilenen umgehen). Da er außerdem „Verbindungen zu SPD-Kreisen und zur ‚Sozialistischen Internationale‘ unterhielt, die nichts mit seiner Tätigkeit für die Radikale Partei zu tun hatten,“¹⁵¹ wurde er laut Stasi-Abschlussbericht aus der DDR abgeschoben.

Hochgradig von der Stasi unterwandert war das CHAF mit seiner Zentrale in Berlin und seinen Filialen in den Bezirken. Diese Vermittlungsstelle zwischen Chilenen und DDR-Behörden, die von Emigranten geleitet wurde, war einem MfS-Protokoll zufolge zuständig für „alle Fragen, die chilenische Bürger betreffen, wie Lohn, Arbeit, Ausbildung, Urlaub, medizinische Betreuung, Reisen und Sprachausbildung“.¹⁵² Bei dieser Aufgabenfülle war es kein Wunder, dass das MfS zum Beispiel die CHAF-Präsidenten von Karl-Marx-Stadt und Zwickau anwarb (IM „Mario“ und IM „Hans-Christian“).¹⁵³ In der Berliner Zentrale stan-

148 Vgl. Zum Beispiel: Unterleutnant, Name unleserlich (MfS-Kreisdienststelle Zwickau), Aktennotiz über eine Absprache mit Gen[ossi]n Kunze Abt. Inneres zu chilen. Emigranten, 15. Jan. 1979, BStU, Außenstelle Chemnitz, BV Karl-Marx-Stadt II-36 Band 1, Bl. 92 f. (BStU-Zählung).

149 Vgl. MfS HA II/15, Auskunftsbericht über den in der DDR lebenden chilenischen politischen Emigranten der Radikalen Partei Chiles, 19. Febr. 1979, BStU, Zentralarchiv, MfS AP 9424/86, Bl. 95 (BStU-Zählung).

150 Vgl. Ebd., Bl. 101 (BStU-Zählung).

151 Unterleutnant Haschke (BV Potsdam, Abt. II/3), Abschlussbericht zur OPK „Journal“, 19. Juni 1981, BStU, Außenstelle Potsdam, BV Potsdam AOPK 921/81, Bl. 166 (BStU-Zählung).

152 Hauptmann Härzer (BV Gera, Abt. II), Schutz, Sicherung und abwehrmäßige Bearbeitung der in der DDR lebenden chilenischen politischen Emigranten, 12. April 1977, BStU, Außenstelle Gera, BV Gera II-5880, Bl. 313 (BStU-Zählung).

153 IM „Mario“ alias Rafael Rojas Moreno, geb. 18. März 1944, berichtete der Stasi von August 1975 bis Dezember 1977 (Oberleutnant Wildner u. a. (BV KMS), Beschluss, 8. Mai 1977 bis Datum fehlt (BStU, Außenstelle Chemnitz, BV KMS AIM 90/79, Teil I, Band 1, Bl. 255). Aus diesen Vermerken geht hervor, dass er zum jeweiligen Zeitpunkt noch CHAF-Präsident in KMS war: Tonbandabschrift eines Berichts des IM „Schulze“, 8. Okt. 1974 (BStU, Außenstelle Chemnitz, BV KMS AIM 90/79, Teil I,

den 1977 mindestens zwei deutsche hauptamtliche IM fünf Chilenen gegenüber (Decknamen „Zeichner“ und „Lein“).¹⁵⁴ „Zeichner“ ließ das MfS im Februar 1974 eigens über das Solidaritätskomitee der DDR, welches das CHAF finanzierte, in das Büro „einbauen“, übrigens mit Wissen der ZK-Abteilung IV.¹⁵⁵ Sein Auftrag war klar gegen die Emigranten gerichtet. Er lautete unter anderem: „Durchsetzung notwendiger Sicherheitsbestimmungen, die im Interesse der DDR liegen“.¹⁵⁶

Im April 1976 bestimmte das MfS sogar, dass das CHAF in ein größeres Gebäude umziehen sollte, wohl um Platz für einen weiteren IM zu schaffen.¹⁵⁷ Der Wortlaut des diesbezüglichen Auftrages für „Zeichner“ lässt erahnen, wie weit der Arm des MfS im CHAF reichte: „Der IM wurde beauftragt, bei den verantwortlichen chilenischen Funktionären darauf zu dringen, dass sie beim ZK der SED, Abt. IV offiziell um Unterstützung bei der Beschaffung eines größeren Objektes bitten [...] Ihm wurde erläutert, dass er die Angelegenheit bei den chilenischen Funktionären so anschieben muss, dass sie immer der Meinung sind, selbst die Organisatoren zu sein. Es darf keinesfalls der Eindruck entstehen, dass die DDR Interesse an einer Veränderung hat.“¹⁵⁸ Tatsächlich zog das CHAF später in das vom MfS gewünschte Gebäude an der Berliner Heinrich-Mann-Straße um.¹⁵⁹

Außer IM setzte die Stasi auch andere Mittel gegen die Chilenen ein. Sämtliche Post der Exilanten in Karl-Marx-Stadt, Zwickau und Jena zum Beispiel wur-

Band 1, Bl. 104). Derselbe (BV KMSSt, Abt. II/4), Bericht, 11. Nov. 1977 (BStU, Außenstelle Chemnitz, BV KMSSt AIM 90/79, Teil II, Band 1, Bl. 148).

In Zwickau arbeitete Hector Kessler, geb. 12. Febr. 1945, unter dem Decknamen IM „Hans-Christian“ für die Stasi. Seine MfS-Personalakte läuft vom 7. Juni 1979 bis 20. Dez. 1983. Hauptmann Wildner (BV KMSSt II/3), bestätigt durch Oberstleutnant Schaufuß (Stellvertreter Operativ), Vorschlag zur Einstellung der Zusammenarbeit mit dem IMB [IM der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehenden Personen] „Hans-Christian“, XIV 753/79, 14. Okt. 1983, BStU, Außenstelle Chemnitz, BV KMSSt AIM 3137/83, Teil I, Band 1, Bl. 245 (BStU-Zählung). Aus den Akten geht nicht klar hervor, wie lange er CHAF-Präsident in Zwickau war. Sicher ist, dass er dieses Amt 1980 antrat. Hauptmann Wildner (BV KMSSt, Abt. II), Auskunftsbericht, 13. Juni 1980, BStU, Außenstelle Chemnitz, BV KMSSt AIM 3137/83, Teil I, Band 1, Bl. 252 (BStU-Zählung).

154 Oberstleutnant Bauer (HA II/15), Treffbericht von IM „Zeichner“, 14. Juli 1977 (BStU, Zentralarchiv, AIM 2562/83, Teil II, Bl. 97).

155 Kluge, Vorschlag zur Anwerbung eines IM, 30. Nov. 1974 (BStU, Zentralarchiv, AIM 2562/83, Teil I, Bl. 185).

156 Ebd., Bl. 191.

157 Der Grund ist in der mir vorliegenden Akte über IM „Zeichner“ nicht ausdrücklich genannt. Auffällig ist aber, dass in dem Vermerk über den geplanten Umzug angekündigt wird, Trappen zu fragen, ob ein weiterer IM ins CHAF versetzt werden könne: HA II/15, Treffbericht IME „Zeichner“, 23. April 1976, BStU, Zentralarchiv, AIM 2562/83, Teil II, Bl. 81/3 (MfS-Zählung).

158 Ebd., Bl. 80/2 (MfS-Zählung).

159 Vorlage an das Solidaritätskomitee der DDR, 26. Juli 1982, BStU, Zentralarchiv, AIM 2562/83, Teil II, Bl. 185 (BStU-Zählung).

de geöffnet und kopiert.¹⁶⁰ Die von mir interviewte Zeitzeugin Angulo hörte nach eigenen Angaben beim Telefonieren plötzlich die Aufnahme eines Gesprächs, das sie am Vorabend geführt hatte.¹⁶¹

Die Befürchtungen des MfS, Chilenen könnten eine DDR-kritische Haltung entwickeln, waren begründet. Das belegt die hohe Zahl der Ausreiseanträge aus dieser Gruppe. Bis August 1975 verließen laut einem ZAIG-Bericht fast 25% der 1 178 Emigranten die DDR.¹⁶² Davon wiederum sei fast die Hälfte in nicht-sozialistische Länder gegangen.¹⁶³ Anfang 1982 stellte der für die Chilenen in Karl-Marx-Stadt zuständige Stasi-Offizier fest, „dass rund 50 % der Emigranten unseren Bezirk verlassen haben“. Die meisten seien „nach dem kapitalistischen Ausland“ übergesiedelt, viele nach Schweden.¹⁶⁴

Nach Einschätzung der ZAIG kehrten die Chilenen der DDR aus „persönlichen Gründen“ den Rücken. Die Analyse schweigt sich aber darüber aus, was darunter zu verstehen ist.¹⁶⁵ Der Karl-Marx-Städter Offizier wurde etwas konkreter: Als Motive würden die Emigranten angeben, im Ausland einen höheren Lebensstandard erreichen, aber auch eine „bessere berufliche Qualifizierung“ erhalten zu können.¹⁶⁶ Der für die Chilenen in Jena zuständige MfS-Mitarbeiter ergänzte das Bild 1979 folgendermaßen: „Die Emigranten [...] sagen, das ist nicht der Sozialismus, wie wir ihn haben wollen. Damit meinen sie die Meckerei, die Ungerechtigkeiten, die Bürokratie.“¹⁶⁷ Hinzu komme, dass viele in Chile einen höheren Lebensstandard als in der DDR gehabt hätten und auch viele Emigranten im Westen noch heute besser lebten als ihre Genossen in der DDR.¹⁶⁸

Viele Idealisten, die fest an die kommunistische Ideologie glaubten, waren von der DDR enttäuscht. So zogen mehrere chilenische Ärzte nach Algerien, um der dortigen sozialistischen Einheitspartei Nationale Befreiungsfront (FLN) bei ihrer „Revolution“ zu helfen. Sie hätten dies damit begründet, dass sie auf

160 Vgl. Hauptmann Kupper (Referatsleiter II/3 der BV Gera), Bericht zum Schutz, zur Sicherung und abwehrmäßigen Bearbeitung der chilenischen politischen Emigranten, 28. April 1977, BStU, Außenstelle Gera, BV Gera II-5880, Bl. 308 (BStU-Zählung). Oberst Kretzschmar (Stellv. Operativ der Abt. XX/2 der BV KMSt) an Abt. M im Hause, 1. März 1974, BStU, Außenstelle Chemnitz, BV KMSt II-36 Band 1, Bl. 4 (BStU-Zählung).

161 Vgl. Interviews Angulo 19. und 22. Nov. 2000.

162 ZAIG, Einschätzung, Bl. 3 (BStU-Zählung).

163 Ebd., Bl. 3 f. (BStU-Zählung).

164 Vgl. Wildner, Auskunftsbericht über Schutz, Sicherung und abwehrmäßige Bearbeitung der chilenischen politischen Emigration im Bezirk KMSt, 16. Febr. 1982, BStU, Außenstelle Chemnitz, BV KMSt II-36 Band 1, Bl. 236 (BStU-Zählung).

165 Vgl. ZAIG: Einschätzung, Bl. 3 f. (BStU-Zählung).

166 Vgl. Wildner, Auskunftsbericht, Bl. 236 (BStU-Zählung).

167 Knoll (BV Gera, Abt. II) an HA II/15, Chilenische politische Emigration in Jena - Zur Situation unter den PE [Politemigranten]; Tendenz der Übersiedlung nach anderen Staaten, 7. Juni 1979, BStU, Außenstelle Gera, BV Gera II-5880, Bl. 13 (BStU-Zählung).

168 Vgl. Ebd.

ihren Arbeitsplätzen in der DDR zwar bezahlt würden, aber sich unterfordert fühlten, verzeichnete der bei der Stasi in Karl-Marx-Stadt für die Emigranten zuständige Offizier in seinem Monatsbericht über die Chilenen für die Berliner Zentrale. Gleichzeitig widerlegten die zitierten Mediziner dem Offizier zufolge die Legende, dass sie etwa von DDR-feindlichen „Zentren“ abgeworben worden wären.¹⁶⁹

Zu den Problemen der sozialistischen Realität, unter denen auch die Chilenen in der DDR litten, kamen allgemeinpolitische Differenzen besonders über den Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan im Dezember 1979 und die Repressionswelle in Polen nach Verhängung des Kriegsrechts durch General Jaruzelski. Carlos Cerda erinnert sich in einem Interview mit den „Lateinamerika-Nachrichten“, dass vielen Chilenen wegen der Vorfälle in Polen bewusst geworden sei, wie „die DDR zweierlei Maß anlegte: Was sie im Falle Chiles so scharf verurteilt hatte, lobte sie auf einmal in ihrem Nachbarland.“¹⁷⁰

Cerda gehört zu denen, die im Exil nicht nur den Glauben an die SED verloren, sondern auch den an die eigene Partei. 1983, ein Jahr vor seiner Rückkehr nach Chile, trat er aus der PC aus. Dabei spielte seinen Angaben zufolge seine Ablehnung des „bewaffneten Kampfes“ eine Rolle. Dazu sei die Unfähigkeit der Kommunisten gekommen, „zu erkennen, dass das System der DDR sozialistischen Idealen einfach widersprach.“¹⁷¹ Vorfälle wie Einbrüche der Stasi in Wohnungen von Chilenen hätten bei vielen allmählich eine Abneigung provoziert „gegen das, was wir als den ‚sozialistischen Traum‘ angesehen hatten und der für viele der Sinn des Lebens war“.¹⁷²

IX. Fazit

Mit der Asylgewährung für die Chilenen verfolgte die SED-Führung unter anderem das Ziel, den Sozialismus in Chile und im chilenischen Exil zu stärken. So spielte es bei der Asylgewährung kaum eine Rolle, wie schwer die Flüchtlinge verfolgt waren. Wichtiger war der SED, dass die Kommunisten unter den Emigranten in der Mehrheit sein sollten und sie politisch zuverlässig waren. Das schloss Mitglieder von Gruppierungen wie den ebenfalls verfolgten Christlichen Linken von vornherein aus. Zahlreiche Exilanten mussten die DDR wieder verlassen, weil sie als Regimekritiker angesehen wurden.

169 Vgl. Vieweg an HA XX, AIG, XX/2, Berichterstattung über politisch-operative Ergebnisse bei der Aufklärung und Absicherung chilenischer Emigranten gemäß FS 191/194 des Stellvertreters des Ministers vom 19.1.1974 und der Dienstanweisung 5/74 des Leiters der BV KMSt, 16. Aug. 1974, BStU, Außenstelle Chemnitz, BV KMSt II-36 Band 2, Bl. 34 (BStU-Zählung).

170 Claudius Prößler, Interview mit Carlos Cerda. In: Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 246, Dezember 1994, S. 75 f.

171 Ebd., S. 75.

172 Pérez/Cerda, *Hubo chilenos*, 1999.

Die zumeist intellektuellen Flüchtlinge wurden zunächst „proletarisiert“, also zu Arbeiten „in der Produktion“ weit unter ihren Qualifikationen gezwungen. Dadurch sollten die Emigranten zur Disziplin erzogen werden. Deren Fehlen war nach Meinung der SED eine der Ursachen für den Putsch. Offenbar ging dieser Gedanke von der PC aus.

In materieller Hinsicht dagegen zeigte sich die DDR-Führung großzügig gegenüber den Emigranten. Sie erhielten zum Beispiel Neubauwohnungen, eine kostenlose Gesundheitsversorgung und zinslose Kredite. Die Vergabe dieser Leistungen orientierte sich jedoch nicht nur an den Bedürfnissen der Betroffenen, sondern auch an ideologischen Gesichtspunkten. So wurde in den 1980er Jahren lediglich die Auswanderung nach Chile bezahlt, nicht jedoch in andere Länder. Damals drohte Oppositionellen allerdings noch Verfolgung durch die Militärs.

Die chilenischen Parteien PS und PC hatten in ihrem Gastland insofern Freiräume, als sie eine eigene Infrastruktur aufbauen und auch von der DDR aus im Ausland aktiv werden konnten. Die SED finanzierte diese Arbeit. Die Chilenen waren dabei der Manipulation seitens des ZK ausgesetzt. Im Zusammenspiel mit den chilenischen Kommunisten unterstützte es mit materiellen Hilfen die „marxistisch-leninistischen“, also moskaufreundlichen Kräfte in der PS. Wer nicht auf dieser Linie war, wurde durch Sanktionen, die bis zur Ausweisung aus der DDR gehen konnten, gemäßregelt. So sollte die Unterordnung der Sozialisten unter die Kommunisten erreicht werden.

Neben den außenpolitischen Motiven leiteten die SED-Führung auch innenpolitische Beweggründe bei ihrem Verhalten gegenüber den Flüchtlingen aus Chile. Der SED-Propaganda diente die Aufnahme der Emigranten als Beweis des „zutiefst humanistischen“ Charakters der DDR. Keiner der untersuchten Presseartikel weicht von dieser Linie ab, die vom ZK vorgegeben wurde. Sie sollten der SED-Führung moralische Legitimation auch in regimefernen Kreisen verschaffen. Außerdem benutzte sie die Chilenen, um die angeblichen Erfolge der Partei etwa im Wohnungsbau oder im Gesundheitswesen zu bewerben.

Weiterhin schuf die Asylgewährung für die Chilenen aber auch Risiken für die Herrschaft der SED. Das ZK versuchte gegenzusteuern, indem es massiv Rechte der Flüchtlinge beschnitt. Vor allem deshalb schränkte es die Reisefreiheit, die die Chilenen als Ausländer genossen, rigoros ein. Die SED fürchtete zum Beispiel, dass die Chilenen im Westen von ihren negativen Erfahrungen in der DDR berichten könnten. Zudem sollte verhindert werden, dass die Exilanten im Westen eine kritische Meinung gegenüber ihrem Gastgeberstaat entwickelten.

Dem MfS galten die Flüchtlinge aufgrund ihrer Herkunft und ihrer Sozialstruktur als potentiell gefährlich. Der Verdacht, für chilenische Geheimdienste zu arbeiten, diente der Stasi als Vorwand, gegen kritische Exilanten vorzugehen. So sorgte sie zum Beispiel dafür, dass wegen politischer Gründe ein Mitglied der Radikalen Partei aus der DDR ausgewiesen wurde.